

DEFINITION FEMINISTISCHER AUSSENPOLITIK:
AKTUALISIERUNG 2021



Von Lyric Thompson, Spogmay Ahmed und Tanya Khokhar¹

2014

verkündete die schwedische Außenministerin Margot Wallström die weltweit erste explizit „feministische“ Außenpolitik (FFP). Ein Versuch, der nach Wallströms eigener Aussage damals mit „Kichern“ und Misstrauen aufgenommen wurde (Wallström, 2016). Es sollte drei Jahre dauern, bis ein anderes Land den Mut aufbrachte, in dieses Fahrwasser einzutauchen, und zwar mit einer wesentlich enger gefassten Feminist International Assistance Policy - Feministische internationale Hilfspolitik (FIAP), die Kanada 2017 vorlegte. Ende 2018 wurde in Luxemburg eine Koalitionsregierung gebildet, die erklärt hat, dass sie eine feministische Außenpolitik betreiben will. Im selben Jahr aktualisierte Frankreich seine internationale Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter und bezog sich dabei auf einen Ansatz, der als „feministische Diplomatie“ bezeichnet wird, und ein Jahr später erklärte es in einem Meinungsartikel zum Internationalen Frauentag 2019 ausdrücklich eine feministische Außenpolitik. Im Herbst dieses Jahres kündigte Mexiko auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen an, dass es eine feministische Außenpolitik erarbeiten und im Januar 2020 veröffentlichen wolle. Und Anfang dieses Jahres haben Spanien und Libyen ihre eigene feministische Außenpolitik angekündigt.

Die Niederlande, die zu den ersten Ländern gehörten, die im Rahmen ihrer Auslandshilfe Ausgaben für die Gleichstellung der Geschlechter und die direkte Finanzierung von Frauenrechtsorganisationen in den Vordergrund gestellt haben, erwägen Gerüchten zufolge ebenfalls eine feministische Außenpolitik. Im Vereinigten Königreich hat sich eine der politischen Parteien zu einer feministischen Außenpolitik bekannt (Osamor, 2018), ebenso wie in Australien. Das Europäische Parlament empfahl 2020 eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik, die Gender Mainstreaming, den Schutz von Frauenrechten und die Förderung der gleichberechtigten Beteiligung von Frauen an Konfliktprävention und Mediation fordert und vorschlägt, dass 85 % der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) in Programme fließen sollten, die die Gleichstellung der Geschlechter als wesentliches oder Hauptziel verfolgen (Europäisches Parlament, 2020). Zuletzt hat sich Deutschland im November 2021 in seinem jüngsten Koalitionsvertrag zu einer feministischen Außenpolitik bekannt. Und im Juli 2021 schlossen sich auf dem Generation Equality

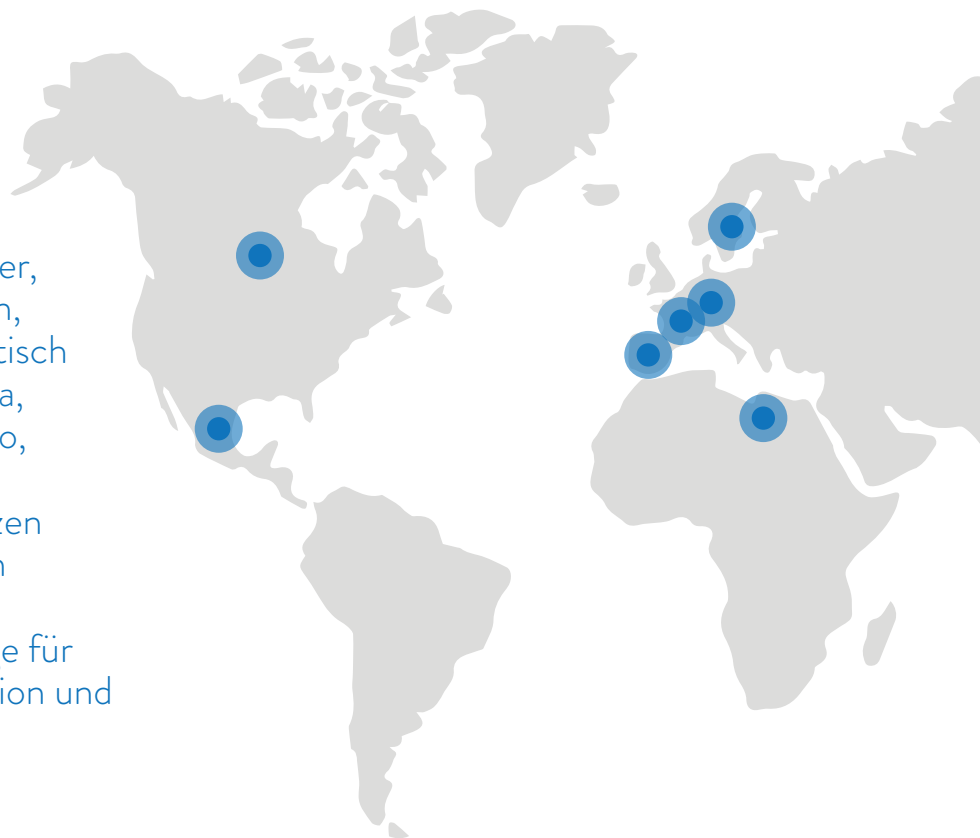
Forum - Forum zur Gleichstellung der Generationen (GEF) die sieben Länder, die eine feministische Außenpolitik betreiben, und 12 zivilgesellschaftliche Organisationen, die diese Politik hinterfragen und vorantreiben wollen, zusammen, um das Globale Partnernetzwerk für Feministische Außenpolitik (ICRW, 2021) zu gründen. Dieses neue Netzwerk soll dazu dienen, das Lernen und die Annahme eines gemeinsamen Rahmens für feministische Außenpolitik zu fördern, bewährte Praktiken für die Umsetzung zu erörtern und Rechenschaftsmechanismen vorzuschlagen.

Die Erklärung der Außenpolitik zum Feminismus ist eindeutig ein wachsender, globaler Trend. Aber was macht eine Außenpolitik zu einer feministischen Politik? In diesem aktualisierten Papier analysieren wir die Politiken, welche die Länder bis zu diesem Zeitpunkt vorgelegt haben, und bieten dann auf der Grundlage dieser Analyse - gestützt auf die Wissenschaft und die Konsultation von feministischen Aktivistinnen und Akademikerinnen auf der ganzen Welt - eine vorgeschlagene Definition dessen, was feministische Außenpolitik ausmacht.

Ein Überblick über bestehende feministische Außenpolitiken beschränkt sich auf eine kleine, aber wachsende Auswahl, von denen keine ausdrücklich definiert, was eine Außenpolitik „feministisch“ macht. Wenn man sie darauf anspricht, wichen die Vertreter dieser Länder aus: Warum sollten die Regierungen den Begriff definieren, wenn die Feministinnen ihn nicht definiert haben? Wir sind mit dieser Position nicht einverstanden, da immer mehr feministische Denkerinnen versuchen, genau das zu tun. Vielleicht kann man mit Fug und Recht behaupten, dass viele der von feministischen Theoretikerinnen und feministischen Bewegungen unterbreiteten politischen Vorschläge keine einheitliche, zusammenhängende Definition dessen enthalten, was eine feministische Außenpolitik ausmachen würde. Stattdessen haben sich die Länder darauf konzentriert, die bestehenden Paradigmen zu ändern, um Frauen und Geschlecht einfach in ihre Theorie und Praxis einzubeziehen. Unser Ziel in diesem Papier ist es, einen möglichst umfassenden Überblick über den aktuellen Stand der feministischen Außenpolitik zu geben und auf der Grundlage von Arbeiten feministischer Denkerinnen eine Definition zu erarbeiten, die als Ausgangspunkt für den weiteren Dialog dienen kann.

DER AKTUELLE STAND DER DINGE IN DER FEMINISTISCHEN AUSSENPOLITIK

Inzwischen gibt es sieben Länder, die eine Außenpolitik betreiben, die sie als ausdrücklich feministisch bezeichnen: Schweden, Kanada, Luxemburg, Frankreich, Mexiko, Spanien und Libyen. In diesem Abschnitt geben wir einen kurzen Überblick über die verfügbaren Informationen zu jedem dieser Bereiche, welche die Grundlage für unsere vorgeschlagene Definition und unsere Empfehlungen bilden.



SCHWEDEN: DIE MUTTER DER FEMINISTISCHEN AUSSENPOLITIK

Schwedens feministische Außenpolitik ist sowohl die älteste als auch die umfassendste, obwohl alle ihre Wurzeln in der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD), der Erklärung und Aktionsplattform von Peking, der Resolution 1325 (UNSCR) des UN- Sicherheitsrates und anderen internationalen Vereinbarungen haben, die sich auf die Verbesserung des Status von Frauen und die Einbeziehung der Geschlechterfrage konzentrieren². Der schwedische Ansatz ist der umfassendste, er erstreckt sich auf alle Bereiche der Außenpolitik und versucht, die Gleichstellung der Geschlechter um ihrer selbst willen sowie im Dienste anderer außenpolitischer Prioritäten voranzutreiben. Der schwedische Rahmen umfasst die „drei Rs“: *Rechte* der Frauen, Unterstützung durch *Ressourcen* und Förderung einer stärkeren *Repräsentation* von Frauen.

Es sei darauf hingewiesen, dass sich Schwedens feministischer Politikansatz nicht auf die Außenpolitik beschränkt, sondern auch eine innenpolitische Komponente umfasst, was das Land von den anderen Ländern unterscheidet. Das überrascht nicht: Schweden liegt bei der

Gleichstellung der Geschlechter in der inländischen Praxis weltweit an fünfter Stelle und hat 82,3 Prozent der gesamten Geschlechterlücke geschlossen (Weltwirtschaftsforum, 2021). In Schwedens „Feministischem Handbuch zur Außenpolitik“ heißt es: „Bei der Verfolgung unserer Außenpolitik ist es beruhigend, eine solide ideologische Grundlage für die Gleichstellung der Geschlechter und die volle Unterstützung der politischen Führung zu haben. Dies hat uns schärfere Instrumente an die Hand gegeben, um Gleichstellungsfragen in verschiedenen Foren zu verfolgen“ (Regierung von Schweden, 2019). Dies ist ein wichtiger Ansatz, der eine tiefere Erkundung verdient, als wir in diesem Bericht tun können, aber es ist ein Konzept, das wir hoffentlich in zukünftigen Veröffentlichungen weiter erforschen werden.

Auf der diesjährigen Tagung der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW) wies die schwedische Botschafterin für die Gleichstellung der Geschlechter und Koordinatorin für feministische Außenpolitik, Ann Bernes, auf die Notwendigkeit eines vierten „R“ hin: *Realität*. Auch im schwedischen Handbuch wird hervorgehoben, dass *Realität* den

Auslandsdienst dazu ermutigt, den Kontext, in dem er arbeitet, zu studieren, mit lokalen Akteuren zusammenzuarbeiten und Forschungsarbeiten in Auftrag zu geben, die zu einer strategischen, effizienten und feministischen Außenpolitik beitragen sollen (ICRW, 2021; Regierung von Schweden, 2019).

Die schwedische Botschafterin für die Gleichstellung der Geschlechter und Koordinatorin für feministische Außenpolitik, Ann Bernes, wies auf die Notwendigkeit eines vierten „R“ hin: *Reality*.

Der Rahmen der schwedischen feministischen Außenpolitik umfasst drei Bereiche: 1) Außen- und nationale Sicherheitspolitik, 2) Entwicklungszusammenarbeit und 3) Handels- und Förderpolitik.³ Die Politik sieht die Gleichstellung der Geschlechter sowohl als eigenständiges vorrangiges Ziel als auch als Instrument zur Förderung anderer außenpolitischer Prioritäten (Regierung von Schweden, 2018). Der Aktionsplan 2019-2022 für den Auslandsdienst enthält jährliche Aktualisierungen und nennt sechs externe Ziele, darunter: 1) uneingeschränkter Genuss der Menschenrechte; 2) Freiheit von physischer, psychischer und sexueller Gewalt; 3) Beteiligung an der Verhütung und Lösung von Konflikten und an der Friedenskonsolidierung nach Konflikten; 4) politische Teilhabe und Einflussnahme in allen Bereichen der Gesellschaft; 5) wirtschaftliche Rechte und Ermächtigung; und 6) sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR). Ein siebtes Ziel, das erstmals 2017 festgelegt wurde, konzentriert sich ebenfalls auf die internen Strategien und Praktiken des schwedischen Auslandsdienstes. Der Plan für 2021 verpflichtet sich auch, die unverhältnismäßigen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Frauen und Mädchen sowie die neuen Herausforderungen zu berücksichtigen, die sich daraus für jedes der oben genannten Ziele ergeben (Schwedische Regierung, 2021).

Inwieweit entspricht die schwedische Praxis der schwedischen Politik? Im Zusammenhang mit den Rechten wurde kritisiert, dass sie sich nur auf *Frauen* konzentrieren und nicht auf das inklusive *Geschlecht*. Die Politik ignoriert weitgehend die Rechte und Bedürfnisse von LGBTQIA+-Personen, mit Ausnahme der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte von LGBTQ, die in der Gesundheitskomponente der Agenda erwähnt werden. Unserer Ansicht nach ist es eine übermäßige Einschränkung und eine verpasste Chance für einen feministischen

Ansatz, wenn LGBTQ-Personen bei Gesundheitsmaßnahmen als eine besondere Bevölkerungsgruppe betrachtet werden, die nicht Teil einer umfassenden, auf Rechten basierenden Agenda ist. Schweden

ist auch wegen seines Waffenhandels mit Saudi-Arabien in die Kritik geraten, dessen Bilanz in Bezug auf die Menschenrechte im Allgemeinen und die Rechte der Frauen im Besonderen notorisch schlecht ist (Vucetic, 2018). Angesichts dieser Kritik hat Schweden jedoch 2017 eine Gesetzesänderung an den Vorschriften für Waffenverkäufe vorgenommen, die „impliziert, dass der demokratische Status des Empfängerlandes eine zentrale Voraussetzung für die Beurteilung ist, ob eine Genehmigung erteilt wird oder nicht“ (Schwedische Regierung, 2018). Trotzdem stiegen die Waffenverkäufe an Saudi-Arabien 2018 im Vergleich zum Vorjahr um zwei Prozent (Nordström, 2018), und nach Angaben von Svenska Freds, einer schwedischen Nichtregierungsorganisation, gingen 2020 mehr als 20 Prozent der schwedischen Waffenexporte an die von Saudi-Arabien geführte Koalition im Jemen (im Vergleich zu 9,4 Prozent im Jahr 2019) - eine Branche, die von Feministinnen immer wieder kritisiert wird (Svenska Freds, 2021).

Was die Repräsentativität angeht, schneidet Schweden recht gut ab: Schweden hat eine lange Tradition mit weiblichen Außenministern und einer starken Vertretung im Parlament, ein Wert, den es auch in seinem diplomatischen Engagement und seinen Prioritäten für die Auslandshilfe vorzuleben scheint. Derzeit sind Frauen und Männer auf den höchsten Ebenen des schwedischen Auslandsdienstes nahezu paritätisch vertreten.

Auch was die Ressourcen betrifft, ist die Geschichte gut: 84 Prozent der schwedischen Entwicklungshilfe (ODA) sind für die Gleichstellung der Geschlechter vorgesehen, entweder als Hauptziel oder als wesentliches Ziel (OECD, 2021). Zwischen 2015 und 2016 hat Schweden seine Unterstützung für Frauenrechtsorganisationen um 35 Prozent erhöht; 2017 hat es 200 Millionen Kronen (ca. 19,1 Mio. Euro) für SRGR bereitgestellt und gleichzeitig die „She Decides - Sie entscheidet“-Bewegung mitbegründet; und für den Zeitraum 2018-2022

Schweden ist dabei,
82,3 %
seiner gesamten
Geschlechterlücke
zu schließen.

hat es 1 Milliarde Kronen (ca. 95,4 Mio. Euro) für eine neue Strategie zur globalen Gleichstellung der Geschlechter und für die Rechte von Frauen und Mädchen angekündigt (Government of Sweden, 2018). Abgesehen von einer Zusammenfassung der Ziele und der Gesamtstrategie ist die Verfolgung und Umsetzung der 1 Milliarde Kronen, die von der schwedischen Agentur für internationale Entwicklung (SIDA) verwaltet wird, jedoch schwer zu finden (Government of Sweden, 2018; Government of Sweden, 2018). Nach Angaben der Regierung arbeitet Schweden „mit Gender Budgeting, bei dem die Ressourcen im Hinblick auf mögliche Auswirkungen auf Frauen/Männer analysiert werden müssen“.

Und es ist nicht nur das Geld, das schwer zu verfolgen ist: In den ersten sieben Jahren des Bestehens der Politik fanden wir keinen übergreifenden Mechanismus zur Überwachung der Umsetzung der Ziele und Aktivitäten der Politik. Schweden aktualisiert seinen Aktionsplan mit Zielen und Folgemaßnahmen jedes Jahr, aber das reicht nicht aus, um eine detaillierte, messbare Überwachungs- und Bewertungsstrategie oder eine solide, unabhängige Bewertung durchzuführen, die wir in einer früheren Version dieses Papiers empfohlen haben (Thompson und Clement, 2019).

Schweden scheint jedoch auf diese Kritik zu reagieren: Die Expertengruppe für Entwicklungshilfestudien (EBA), ein unabhängiger Evaluator, hat kürzlich eine Ausschreibung

veröffentlicht, in der sie „Vorschläge für eine Studie über die Umsetzung von Schwedens feministischer Außenpolitik in Ländern, in denen Schweden Entwicklungszusammenarbeit betreibt“ (EBA, 2020), einfordert. Bis diese Aufforderung einen neuen Überwachungs- und Evaluierungsmechanismus einführt, gab es nur spezifische Messgrößen, um die Fortschritte im Hinblick auf viele der Ziele der Feministischen Außenpolitik im Rahmen anderer Instrumente zu verfolgen, z. B. des Nationalen Aktionsplans für Frauen, Frieden und Sicherheit für 2016-2020 oder der Entwicklungszusammenarbeit für globale Gleichstellung der Geschlechter und Rechte von Frauen und Mädchen für 2018-2022. Das 2018 veröffentlichte Handbuch zur Feministischen Außenpolitik hebt Beispiele für die Errungenschaften der Politik hervor, war jedoch eine freiwillige und selbstberichtete Überprüfung der Fortschritte in den ersten vier Jahren und wurde kurz vor den Präsidentschaftswahlen veröffentlicht. Wir begrüßen die jüngsten Bemühungen Schwedens, die Auswirkungen seines FFP auf seine Entwicklungshilfe durch den externen Zunder öffentlich und unabhängig zu dokumentieren, und ermutigen dazu, ähnliche Evaluierungen in allen Bereichen des schwedischen FFP durchzuführen, einschließlich Handelspolitik, diplomatisches Engagement und Verteidigung. Dies wäre eine Bestätigung der Bedeutung eines weiteren „R“, der *Recherche*, die wir als fünftes „R“ neben *Rechten*, *Repräsentation*, *Ressourcen* und *Realität* vorschlagen.





KANADA: FEMINISTISCHE INTERNATIONALE HILFE ALS GRUNDLAGE FÜR FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK

Im Juni 2017 hat Kanada die weltweit erste Feministische Internationale Hilfspolitik (FIAP) eingeführt. Diese Ankündigung fiel in die erste Amtszeit von Premierminister Justin Trudeau, selbst ein bekennender Feminist, der mit der Ernennung des vielfältigsten Kabinetts in der Geschichte Kanadas ein Vorbild für die Repräsentation von Frauen und Männern war und so die Geschlechterparität in diesem Gremium sicherstellte.

Die FIAP vernachlässigt die umfassenderen Bereiche der Außenpolitik wie Diplomatie, Verteidigung und Handel und umreißt Kanadas Engagement für einen feministischen Ansatz in der Entwicklungshilfe. In der Folge hat Kanada an der Formulierung eines umfassenderen Konzepts für eine feministische Außenpolitik gearbeitet, das eigentlich 2020 in einem Weißbuch veröffentlicht werden sollte, aber auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Eine der FIAP gewidmete Webseite der kanadischen Regierung enthält einen Aufzählungspunkt, in dem das kanadische FFP wie folgt beschrieben wird:

„Feministische Außenpolitik, die alle Aspekte des internationalen Engagements Kanadas unter feministischen Gesichtspunkten betrachtet, einschließlich der Feministischen Internationalen Hilfspolitik, des Kanadischen Nationalen Aktionsplans für Frauen, Frieden und Sicherheit, Kanadas integrativem Ansatz für den Handel und der neuen Verteidigungsstrategie. Feministische Außenpolitik fordert, dass sich Politik, Interessenvertretung und Programme auf die Beseitigung grundlegender struktureller Hindernisse konzentrieren, die die Gleichstellung der Geschlechter verhindern, und dabei die Bedürfnisse derjenigen berücksichtigen, die am stärksten von verschiedenen Formen der Diskriminierung betroffen sind.“ (Regierung von Kanada, 2021).

In Ermangelung eines Weißbuchs, das den Inhalt, die Ziele und die Zielsetzungen eines kanadischen FFP dokumentiert, konzentriert sich der Großteil dieses Berichts auf die FIAP Kanadas. Wie das schwedische FFP war auch die kanadische FIAP mit einem Bekenntnis zu den Rechten verbunden und ging mit einem Haushaltsvorschlag einher, der neue Mittel für die öffentliche Entwicklungshilfe bereitstellte. Sie bestand den Ressourcentest, indem sie das Gesamtniveau der Entwicklungshilfe von einem 50-jährigen Tiefstand an hob, wenn auch nur geringfügig, und sich die Vorgabe zu eigen machte, 95 Prozent ihrer Auslandshilfe für die Gleichstellung der Geschlechter als Hauptziel oder wesentliches Ziel einzusetzen (wie in den OECD-DAC-Daten erfasst). Dies ist ein signifikanter Anstieg von nur 2,4 Prozent in den Jahren 2015-2016 und 6,5 Prozent in den Jahren 2016-2017 in Bezug auf das Geschlecht als Hauptmerkmal und 68 Prozent und 75 Prozent in Bezug auf das Geschlecht als wesentliches Merkmal in denselben Jahren. Nach den neuesten OECD-Daten von 2018-2019 haben sich in Kanada 24 Prozent auf das Geschlecht als Hauptmerkmal⁴ und 68 Prozent auf das Geschlecht als wesentliches Merkmal festgelegt.⁵ Mit insgesamt 92 Prozent geschlechtsspezifisch ausgerichteter Hilfe hat Kanada Schweden in dieser OECD-Rangliste überholt, was auf eine vielversprechende Umsetzung der FIAP und die Rechenschaftspflicht gegenüber den Finanzierungszielen der Regierung hinweist (OECD, 2021).⁶

Kanada hat sich auch an vorderster Front⁷ dafür eingesetzt, dass mehr dieser Mittel an Frauenrechtsorganisationen und feministische Bewegungen fließen, was von der feministischen Zivilgesellschaft begrüßt wurde. Dazu gehört auch die Einrichtung des Equality Fund, eines unabhängigen Fonds für Frauen, in den im Juni 2019 300 Mio. CAD (ca. 220,1 Mio. Euro) aus der kanadischen ODA geflossen sind (Equality Fund, 2021). Außerdem wurden 150 Millionen CAD (ca. 110 Mio. Euro) für die Unterstützung lokaler Frauenorganisationen bereitgestellt, aus denen dann das Women's Voice and Leadership Program wurde. Bis November 2020 werden im Rahmen des Programms 32 Projekte in 30 Ländern und Regionen mit 182 Millionen CAD (ca. 133,5 Mio. Euro) unterstützt (Government of Canada, 2020).

Mit einem Anteil von

92 %

geschlechtsspezifischer Hilfen hat Kanada in dieser OECD-Rangliste Schweden als Spitzenreiter überholt.

Im Gegensatz zu Schweden verspricht die kanadische FIAP jedoch nicht, die patriarchalischen Machtstrukturen im Rahmen ihrer Hilfe „aufzubrechen“, obwohl sie die politische Beteiligung von Frauen

und eine integrative Regierungsführung zu ihren thematischen Schwerpunkten zählt. Im kanadischen Ansatz wird der Gleichstellung der Geschlechter häufig eher traditionell der Vorrang eingeräumt, d. h. im Dienste umfassenderer Wirtschafts- und Sicherheitsziele. Nach Ansicht der kanadischen Regierung ist die „Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen in ihrer ganzen Vielfalt der richtige Weg, um Armut und Ungleichheit zu verringern und Wohlstand zu schaffen. Die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter und die Förderung der Selbstbestimmung der Frauen sind Selbstzweck und haben einen großen Einfluss auf den Fortschritt bei allen Zielen für nachhaltige Entwicklung“ (Regierung von Kanada 2021).

Die FIAP ist thematisch gegliedert und umfasst sechs Schwerpunktbereiche: 1) Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen; 2) „Menschenwürde“, ein Sammelbegriff, der den Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, Ernährung und die rechtzeitige Bereitstellung humanitärer Hilfe umfasst; 3) „Wachstum, das allen zugute kommt“, mit Schwerpunkt auf der wirtschaftlichen Stärkung von Frauen, Unternehmertum, Landwirten und Kleinbauern; 4) Klimaschutz; 5) integrative Regierungsführung; und 6) Frauen, Frieden und Sicherheit.

Auch für die Überwachung und Evaluierung hat Kanada einiges getan: Es hat für jeden der sechs Bereiche der FIAP zentrale Leistungsindikatoren entwickelt, zu denen Global Affairs Canada jährlich Daten erheben und öffentlich zugänglich machen muss - auch wenn uns derzeit keine unabhängigen Evaluierungsbemühungen bekannt sind. Welche Anhaltspunkte gibt es über die FIAP hinaus für eine breitere kanadische feministische

Außenpolitik? Einige Jahre lang nach der Einführung der FIAP beschränkte sich Kanadas explizit „feministischer“ Ansatz in der Außenpolitik trotz der ständigen Erwähnung eines kanadischen FFP durch führende Politiker auf seine internationale Hilfspolitik - zumindest in Bezug auf eine veröffentlichte Formulierung der Politik. Doch hinter den Kulissen wiesen kanadische Beamte, die einen Entwurf dieses Papiers kommentierten, darauf hin, dass die Regierung in dieser Zeit nach der Veröffentlichung des FIAP Elemente eines umfassenderen feministischen Ansatzes in der Außenpolitik ausarbeitete, unter anderem durch eine Reihe von sektoralen Politiken: Kanadas Handelsdiversifizierungsstrategie, die einen „inkluisiven Ansatz für den Handel“ enthält; sein zweiter nationaler Aktionsplan für Frauen, Frieden und Sicherheit und die Ernennung der weltweit ersten engagierten Botschafterin für Frauen, Frieden und Sicherheit; seine neue Verteidigungspolitik „Stark, sicher, engagiert“; ein interner Leitfaden für die Umsetzung einer feministischen Außenpolitik, der Anfang 2019 an Botschaften und andere Regierungsabteilungen herausgegeben wurde; und schließlich ein ministerielles Bekenntnis zu einer feministischen Außenpolitik, das in einem Mandatsschreiben 2021 formuliert wurde (Regierung von Kanada, 2021). In dieser Zeit drängten zivilgesellschaftliche Organisationen auch weiterhin auf ein ausführliches, öffentlich zugängliches politisches Dokument, in dem Kanadas Ansatz und Verpflichtungen dargelegt werden.

2020 kündigte Kanadas ehemaliger Außenminister François-Philippe Champagne schließlich an, dass er mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten werde, um ein Weißbuch zu erstellen, in dem genau dies zum Ausdruck gebracht wird (Global Affairs Canada, 2020). Während eine interne Version des Weißbuchs 2021 fertiggestellt wurde, hat sich die Veröffentlichung auf unbestimmte Zeit verzögert, und Mitte August 2021 wurden vorgezogene Neuwahlen ausgerufen, wodurch das Schicksal des FFP - und die Hoffnung auf seine Veröffentlichung - politisch in Gefahr geriet.

Dies ist bedauerlich: Global Affairs Canada hatte einen soliden Konsultationsprozess eingeleitet, in dem Regierungsbeamte feministische Aktivist*innen, Experten und Akademiker, Frauenrechtsorganisationen und eine Vielzahl von Interessenvertretern aus ganz Kanada und der ganzen Welt um Beiträge baten, sowohl durch persönliche Konsultationen als auch

durch schriftliche Beiträge. Im Rahmen der Arbeitsgruppe Feministische Außenpolitik organisierten zivilgesellschaftliche Organisationen und externe Experten Engagement-Sitzungen und erarbeiteten Empfehlungen. Sie fassten das während der Konsultationen erhaltene Feedback zusammen und schlugen eine Reihe von Kernprinzipien für Kanadas FFP vor, darunter: ein intersektionaler Ansatz, die Förderung von Entmilitarisierung, Gewaltlosigkeit und friedlicher Konfliktlösung, der Schutz der Umwelt und der nachhaltigen Entwicklung sowie die Förderung der

Rechenschaftspflicht (FFP Working Group, 2021). Es bleibt zu hoffen, dass diese Beiträge die Gestaltung, Umsetzung und Verfolgung des kanadischen FFP beeinflusst haben. Man hatte gehofft, dass das Papier im Jahr 2021 veröffentlicht wird, doch in Kanada steht eine vorgezogene Bundestagswahl an. Verliert die amtierende Partei die Wahl, kann das Weißbuch noch länger zurückgehalten werden - wenn es überhaupt veröffentlicht wird. Dies wäre ein schwerer Schlag für Kanadas langwierige und vielversprechende Bemühungen um eine feministische Außenpolitik.





LUXEMBURG: RECHTE UND VERTRETUNG VON FRAUEN UND LGBTI-PERSONEN ÜBER DIE „3DS“ HINWEG

Ende 2018 kündigte die luxemburgische Regierung in ihrem Koalitionsvertrag an, eine feministische Außenpolitik zu betreiben (Regierung von Luxemburg, 2018). In einem Absatz, der diesen Ansatz umreißt, werden einige thematische Prioritäten genannt, die Luxemburg durch den diplomatischen Dialog in Europa und in der Welt fördern wird, einschließlich:

- Soziale und politische Repräsentation von Frauen
- Chancengleichheit für Frauen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, soziale Dienste, Gesundheit sowie Land- und Eigentumsrechte
- Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte von Frauen
- Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intersexuellen Menschen (Regierung von Luxemburg 2018).

Weitere Einzelheiten zu Luxemburgs Bemühungen wurden auf dem Generation Equality Forum im Juni 2021 bekannt gegeben, auf dem sich die Regierung verpflichtete, einen Aktionsplan für eine feministische Außenpolitik zu erstellen,

um die Gleichstellung der Geschlechter in allen Aktivitäten des Außenministeriums zu berücksichtigen. Dieser Aktionsplan wird gemäß der von der luxemburgischen Regierung vorgelegten Verpflichtungserklärung die Arbeit der Botschafterin für Menschenrechte und Gleichstellung der Geschlechter hervorheben und mit dem luxemburgischen Koalitionsabkommen 2018-2023 und den Prioritäten für die UNO-Konferenz 2022-2024 in Einklang stehen. Amtszeit des Menschenrechtsrates. Das luxemburgische GEF-Engagement im Rahmen des FFP umfasst auch die Einführung einer neuen Strategie für die geschlechtsspezifische Entwicklungszusammenarbeit, Ziele für das Gender-Mainstreaming und die Verabschiedung einer Null-Toleranz-Politik für sexuelle Ausbeutung, Missbrauch und Belästigung („SEAH“).

Als die luxemburgische Regierung im August 2021 gebeten wurde, den Inhalt und die Umsetzung ihrer feministischen Außenpolitik für dieses Papier näher zu erläutern, gab sie der ICRW einen Überblick über ihren Ansatz wie folgt:

Die feministische Außenpolitik erstreckt sich auf alle Bereiche der luxemburgischen Verteidigung, Diplomatie und Entwicklung und umfasst drei thematische Schwerpunkte:

1. Schutz und Förderung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen, [einschließlich, aber nicht beschränkt auf] Menschenwürde, Sicherheit, Recht auf Unversehrtheit, Bildung, sozioökonomische Integration (Eigentumsrechte, Mikrofinanzierung), sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (Müttergesundheit, Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung), Kampf gegen Gewalt gegen Frauen (sexueller Missbrauch als Kriegswaffe, sexuelle Ausbeutung)
2. Repräsentation und Partizipation von Frauen, [einschließlich, aber nicht beschränkt auf] die Repräsentation von Frauen in multilateralen Foren, die Teilnahme an zivilen und Wahlbeobachtungsmissionen, Bildung, Stärkung der Autonomie von Frauen, Gleichstellung der Geschlechter bei der Einstellung und
3. Die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter innerhalb der Strukturen des Ministeriums für auswärtige und europäische Angelegenheiten (MFEA), [einschließlich, aber nicht beschränkt auf] den nationalen Aktionsplan, die Einstellungspolitik (kompetenzbasiert), die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, die Sprache (Verwendung weiblicher Deklinationen, wo dies angebracht ist), Schulungen [und] den rechtlichen Rahmen (Regierung von Luxemburg, 2021).

Wie die anderen Länder stützt Luxemburg seine feministische Außenpolitik auf andere relevante Rahmenwerke, darunter seinen Nationalen Aktionsplan für Frauen, Frieden und Sicherheit (ebenfalls 2018 verabschiedet), Verpflichtungen zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (insbesondere Ziele 5 und 16), das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) und die Equal Rights Coalition, die sich für die Rechte von LGBTI-Personen einsetzt. Die luxemburgische Strategie für Entwicklungszusammenarbeit (die letzte Version wurde 2018 verabschiedet) legt den Schwerpunkt auf die Gleichstellung der Geschlechter als eines von drei Zielen, die auch ökologische Nachhaltigkeit und Menschenrechte umfassen. Zu den thematischen Prioritäten für Gender im Rahmen der luxemburgischen Strategie für Entwicklungszusammenarbeit gehören das „Recht, frei über das eigene Gefühls- und Sexualleben zu entscheiden, und die Gewährleistung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte“ (Regierung von Luxemburg, 2018). Im Jahr 2021 hat Luxemburg im Rahmen seiner Entwicklungszusammenarbeitsstrategie und des FFP eine Gender-Strategie verabschiedet. Laut Angaben der Regierung „zielt die luxemburgische Entwicklungszusammenarbeit darauf ab, systematisch die Verbindung zwischen Gender, Umwelt und Entwicklung in allen Kooperationsmaßnahmen herzustellen“, und ihre Gender-Strategie zielt darauf ab, „Luxemburgs multidimensionalen und intersektionalen Ansatz für eine nachhaltige Entwicklung zu stärken und niemanden zurückzulassen“.

Laut Angaben der Regierung „zielt die luxemburgische Entwicklungszusammenarbeit darauf ab, bei allen Kooperationsmaßnahmen systematisch eine Verbindung zwischen Gleichstellung, Umwelt und Entwicklung herzustellen“.

Was die Auswirkungen der Umsetzung ihrer feministischen Außenpolitik betrifft, so kann die luxemburgische Regierung auf einige Erfolge im Bereich der Ressourcen verweisen - sie gehört zu den 20 größten Gebern der UNO. Frauen, Unterstützung der UNO Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen - und in Bezug auf die Repräsentation - die Einstellung von 60 % weiblichen Kandidaten für das Ministerium für auswärtige und europäische Angelegenheiten im Jahr 2020 (Regierung von Luxemburg 2021).

Wir haben nur wenig Literatur über das luxemburgische FFP gefunden, die eine externe Kritik ermöglichen würde. Wenn wir die Regierung als einzige Autorität in Bezug auf den Inhalt und die Auswirkungen der Politik betrachten, dann ist eine der Hauptstärken des luxemburgischen Ansatzes das Bekenntnis zu einer feministischen Außenpolitik in allen Bereichen der Verteidigung, Diplomatie und Entwicklung (obwohl wir an genaueren Informationen darüber interessiert sind, wie sich dieser Ansatz bisher auf die diplomatischen und verteidigungspolitischen Prioritäten ausgewirkt hat). Es wird jedoch nichts über die Anwendung des feministischen Ansatzes auf verwandte Bereiche der Außenpolitik wie Handel oder Einwanderung gesagt - obwohl diese zugegebenermaßen der allgemeinen Politik des EU-Blocks unterworfen sind. Thematisch ist Luxemburgs Schwerpunkt auf die Land- und Eigentumsrechte von Frauen einzigartig, und wir freuen uns, dass die Rechte von Frauen, Mädchen und LGBTI-Personen gleichermaßen betont werden. Die gleichberechtigte Betonung der Gleichstellung der Geschlechter, der Menschenrechte und der ökologischen Nachhaltigkeit in der luxemburgischen Strategie für Entwicklungszusammenarbeit ist ebenfalls eine Stärke, die sich auf den gesamten Ansatz der feministischen Außenpolitik ausweiten ließe, da Klima/Umwelt dort nicht erwähnt wird.

Die von der luxemburgischen Regierung vorgelegten Unterlagen enthielten keine detaillierten oder spezifischen Angaben zu den Zielvorgaben, die im Rahmen ihrer feministischen

Außenpolitik innerhalb eines bestimmten Zeitrahmens erreicht werden sollen, zu den für die Umsetzung verantwortlichen Personen oder zur Absicht, die Fortschritte bei der Verwirklichung der von ihr formulierten Ziele und Prioritäten zu überwachen, zu bewerten oder Informationen darüber zu veröffentlichen. Nach der jüngsten OECD-Analyse sind 46 % der luxemburgischen ODA geschlechtsspezifisch ausgerichtet (weniger als 8 % als Hauptziel und über 38 % als wesentliches Ziel) (OECD, 2021). Wir haben auch keine Belege für Luxemburgs Bemühungen gefunden, die Zivilgesellschaft zu konsultieren oder die

46 %

der luxemburgischen ODA sind geschlechtsspezifisch ausgerichtet.

Zusammenarbeit mit und die Unterstützung von Frauen- und Frauenrechtsorganisationen im Rahmen der Umsetzung einer feministischen Außenpolitik zu verstärken. Maßnahmen in jedem dieser Bereiche werden empfohlen, wenn Luxemburg mit der Umsetzung seines feministischen Ansatzes vorankommt und den in seinen GEF-Verpflichtungen vorgesehenen Aktionsplan für FFP aufstellt.

Luxemburgs Schwerpunkt auf den Land- und Eigentumsrechten von Frauen ist einzigartig, und wir freuen uns, dass die Rechte von Frauen, Mädchen und LGBTI-Personen gleichermaßen berücksichtigt werden.





FRANKREICH: EINE „FEMINISTISCHE DIPLOMATIE“

Und dann ist da noch die feministische Außenpolitik Frankreichs, die in einer Reihe von globalen Foren diskutiert wurde, aber bisher in keiner öffentlich zugänglichen Dokumentation oder Politikformulierung veröffentlicht wurde. Die nächstliegende Vertretung, die wir überprüfen konnten, ist Frankreichs internationale Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter von 2018, die sich nur auf die französische Auslandshilfe bezieht.⁸ Bis zum Positionspapier vom März 2019 wurde die französische Politik nicht ausdrücklich als feministisch definiert, obwohl das Wort einmal verwendet wird, und zwar in Bezug auf ein französisches Mandat zur Unterstützung von Frauenrechten und feministischen Zivilgesellschaften als Mittel zur Verteidigung der französischen Werte. Allerdings wird der französische Ansatz von französischen Beamten immer wieder als Frankreichs „feministische Diplomatie“ und nach dem Positionspapier vom 8. März als „feministische Außenpolitik“ bezeichnet, die alle ähnlich undefiniert sind (Le Drian und Schiappa, 2019). Dies bedeutete eine deutliche Verschiebung der Botschaften: Zum Zeitpunkt der Aktualisierung bezeichnete Frankreich seinen Ansatz als „feministische Diplomatie“, hatte aber den FFP-Handle nicht übernommen (Schiappa, 2018). Der Grund für die Änderung des Titels, wenn auch nicht des Inhalts, wurde nicht erläutert, steht aber vermutlich im Zusammenhang mit dem Druck von Befürwortern, die auf ein FFP drängen, da Frankreich 2019 den Vorsitz der G7 übernommen und sich bereit erklärt hat, die Peking+25-Feierlichkeiten, bekannt als Generation Equality Forum, mit auszurichten.

Die Implikationen der Neuformulierung der französischen Außenpolitik als „feministisch“, die anscheinend weder die Politik noch die Praxis verändert hat, sind unklar und verdienen eine weitere Diskussion.⁹ Auf der 65. Kommission für die Rechtsstellung der Frau (Commission on the Status of Women, CSW) im März 2021 kündigte Frankreich jedoch seine Absicht an, ein Handbuch mit den Leitlinien und Grundsätzen seines FFP zu erstellen - ähnlich wie Schweden und Spanien -, das die Ziele und den Ansatz der Politik verdeutlichen soll. Beamte haben angedeutet, dass dies irgendwann im Jahr 2022 veröffentlicht werden soll, im Einklang mit der französischen EU-Ratspräsidentschaft und der Erneuerung der Internationalen Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter.

In einem Kommentar vor der Veröffentlichung dieses Papiers erklärten französische Beamte, dass die Neuausrichtung „Frankreichs Ambitionen in seinem außenpolitischen Handeln (die G7 2019 und ihre Ziele in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter, die Mitorganisation des Generation Equality Forum usw.) und die Bewertung der MoFA-Strategie durch den Hohen Rat zur Gleichstellung der Geschlechter verändert hat“. Beamte wiesen auch auf eine gemeinsame Erklärung hin, die 2020 mit gleichgesinnten Ländern veröffentlicht wurde, um Geschlechterfragen und SRHR bei der Reaktion auf die COVID-19-Pandemie zu berücksichtigen; auf die führende Rolle der französischen Regierung im Generation Equality Forum und in der Aktionskoalition für körperliche Autonomie und sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte; und auf einen zunehmend geschlechtsspezifischen Ansatz bei Frankreichs Maßnahmen und Mitteln für die globale Gesundheit - einschließlich GAVI, UNITAID und Global Fund - als Beleg für seine feministische Außenpolitik.

Auf der 65. Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW, Commission on the Status of Women) im März 2021 kündigte Frankreich seine Absicht an, ein Handbuch mit den Leitlinien und Grundsätzen seines FFP zu erstellen.

Was die internationale Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter betrifft (erstmalig 2007 veröffentlicht, die aktuelle Version gilt für den Zeitraum 2018-2022), so werden darin eine Reihe von geschlechtsspezifischen Prioritäten formuliert, die die französische Regierung im Rahmen ihrer Auslandshilfe angehen soll. Laut der Strategie „... ist die Gleichstellung der Geschlechter eine der obersten Prioritäten im Mandat des Präsidenten. Es wird ein Grundsatz- und Querschnittsthema sein, das das gesamte außenpolitische Handeln Frankreichs untermauern wird, und es werden spezifische Maßnahmen zu seiner Förderung ergriffen“ (Generaldirektion für globale Angelegenheiten, 2018). Auf der aktualisierten Website wird auch „ein besorgniserregender internationaler Kontext“ anerkannt und auf die COVID-19-Pandemie, Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte sowie den Einsatz sexueller Gewalt als Kriegswaffe hingewiesen (France Diplomacy, 2021).

Frankreichs Strategie zielt darauf ab, die bilaterale und programmierbare ODA, die zur Gleichstellung der Geschlechter beiträgt, von einem Ausgangswert von 30 Prozent im Jahr 2018 auf insgesamt 50 Prozent im Jahr 2022 zu erhöhen, wobei für jedes Jahr Richtwerte festgelegt werden. Erst dieses Jahr hat der französische Gesetzgeber ein neues Gesetz zur internationalen Entwicklung verabschiedet, das bis 2025 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungshilfe vorsieht. Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Querschnittsthema in den drei Zielen des Gesetzes, das bis 2025 75 Prozent der ODA-Ausgaben für die Gleichstellung der Geschlechter als wichtiges Ziel und Hauptziel und 20 Prozent als Hauptziel vorsieht (Legifrance.gouv 2021). In den letzten vier Jahren wurde auch der Betrag der öffentlichen Entwicklungshilfe, der in die Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte investiert wurde, erhöht.

Frankreichs Strategie zielt darauf ab, die bilaterale und programmierbare öffentliche Entwicklungshilfe, die zur Gleichstellung der Geschlechter beiträgt, von einem Ausgangswert von

30 %

im Jahr 2018 auf insgesamt

50 %

im Jahr 2022 zu erhöhen.

Die Strategie enthält fünf sektorale Prioritäten und drei Leitprinzipien. Zu den Prioritäten gehört der Zugang zu: 1) soziale Dienstleistungen wie Bildung und sexuelle und reproduktive Gesundheit; 2) produktive und wirtschaftliche Ressourcen und menschenwürdige Arbeit;

3) Rechte, Gerechtigkeit und Schutz vor jeglicher Form von Gewalt; 4) sinnvolle Beteiligung an wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entscheidungsprozessen; und 4) gleichberechtigte Beteiligung an Friedens- und Sicherheitsprozessen. Erklärtes Ziel ist es, die Gleichstellung der Geschlechter in alle externen Maßnahmen einzubeziehen und die Stärkung der Rolle der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt ihrer internationalen Agenda zu stellen (Französisches Ministerium für Europa und Auswärtige Angelegenheiten, 2018).

Was die Idee der „feministischen Diplomatie“ betrifft, so beschreibt die französische Politik einen Ansatz, der die französischen Prioritäten anhand von drei Prinzipien festlegt: 1) umfassend, 2) rechtebasiert und 3) geschlechtsspezifisch, mit der Zusage, die Geschlechterfrage „in alle französischen diplomatischen Prioritäten und alle politischen, wirtschaftlichen, sanften diplomatischen, kulturellen, bildungspolitischen und entwicklungspolitischen Maßnahmen“ einzubeziehen. Frankreichs „umfassender Ansatz“ kommt einer Ausweitung des Geltungsbereichs seiner Politik über den Bereich der Entwicklung hinaus am nächsten. Hier wird ausdrücklich hervorgehoben, dass die Gleichstellung der Geschlechter in die diplomatischen Prioritäten einbezogen werden sollte, einschließlich einer Verpflichtung zur Geschlechterparität im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung. Der zweite Grundsatz, ein auf Rechten basierender Ansatz, stellt sicher, dass die Grundsätze, Normen und Regeln der Menschenrechte in die humanitären und entwicklungspolitischen Maßnahmen sowie in die Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen einbezogen werden. Der dritte Grundsatz, ein geschlechtsspezifischer Ansatz (auch als Gender Mainstreaming bezeichnet), soll sicherstellen, dass „eine Gleichstellungsperspektive in alle politischen Maßnahmen auf allen Ebenen und in allen Phasen durch die normalerweise an der Politikgestaltung beteiligten Akteure einbezogen wird“. (Französisches Ministerium für Europa und Auswärtige Angelegenheiten, 2018). Die französische Regierung hat alle Mitglieder ihres diplomatischen Netzes im Ausland (z. B. Botschaften, Konsulate, Wirtschaftsmissionen und Kulturzentren) sowie die Abteilungen in Paris aufgefordert, jedes Jahr einen Gender-Aktionsplan zu erstellen und darüber zu berichten. Damit soll zwar die „Eigenverantwortung“ der Regierung für das Thema gefördert werden, es ist jedoch unklar, wie sich dies auf den Ehrgeiz und den Zusammenhalt des gesamten Systems auswirkt (ICRW, 2021). Auf multilateraler Ebene zielt das zweite Ziel der Strategie auf verstärkte Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter in verschiedenen Gremien wie der UNO, der EU, der G7 und der G20 ab. Kurz gesagt, das ist die „feministische Diplomatie“ Frankreichs.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern wird die französische Strategie von einem Rahmen für die Rechenschaftspflicht begleitet, an dem die Fortschritte gemessen werden können. Nicht nur werden Ziele und Messgrößen

festgelegt, sondern auch eine zweijährliche öffentliche Bewertung der Fortschritte in Bezug auf die Strategie vorgeschrieben. Noch ermutigender ist, dass Frankreich einen Hohen Rat für die Gleichstellung der Geschlechter eingerichtet hat, ein unabhängiges Gremium von Gleichstellungsexperten, das das Land bei der Umsetzung seiner außen- und innenpolitischen Maßnahmen im Bereich der Gleichstellung beraten soll. Die Arbeit des Rates wird von der Regierung finanziert, aber als „völlig unabhängig“ bezeichnet. Im November 2020 legte der Rat der Delegierten Ministerin für Gleichstellung, Vielfalt und Chancengleichheit und der Ministerin für Europa und Auswärtige Angelegenheiten seinen ersten Monitoring- und Evaluierungsbericht über Frankreichs feministische Diplomatie vor. Der Bericht bietet eine Halbzeitbilanz der Umsetzung

und schlägt 19 Empfehlungen für Verbesserungen vor (ICRW, 2021; Französisches Ministerium für Europa und Auswärtige Angelegenheiten, 2020). Auch wenn die Ziele und Messgrößen ehrgeiziger sein könnten, ist es doch bemerkenswert, dass die französische Regierung das Konzept der Transparenz und Rechenschaftspflicht mit einer regelmäßigen, öffentlichen Berichtspflicht übernommen und Mittel für einen unabhängigen Beirat bereitgestellt hat, der sie bei der Umsetzung, Überwachung und Bewertung ihrer Bemühungen unterstützt. Die Verabschiedung des ehrgeizigen 20-Prozent-Ziels für die Gleichstellung der Geschlechter als Hauptziel der französischen öffentlichen Entwicklungshilfe im Rahmen des neuen französischen Gesetzes über die internationale Entwicklung in diesem Sommer ist ebenfalls lobenswert. Die Hauptschwäche des französischen Ansatzes bestand bisher darin, dass es ihm nicht gelungen ist, den Inhalt seiner feministischen Außenpolitik mit dem gleichen Maß an Transparenz und Stolz zu artikulieren. Alle Augen sind gespannt auf die Enthüllung des Handbuchs 2022.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern wird die französische Strategie von einem Rahmen für die Rechenschaftspflicht begleitet, an dem die Fortschritte gemessen werden können.





MEXIKO: DIE ERSTE FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK IM GLOBALEN SÜDEN

In seiner Rede vor der 74. Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2019 hat der mexikanische Außenminister Marcelo Ebrard die Absicht des Landes bekräftigt, eine feministische Außenpolitik zu entwickeln. Im Januar 2020, auf der 31. Jahrestagung der Botschafter und Konsuln (REC2020), war Mexiko das erste Land in Lateinamerika und im Globalen Süden, das offiziell eine feministische Außenpolitik ankündigte. Laut der mexikanischen Regierung ist die feministische Außenpolitik ein „politisches Markenzeichen“ ihrer Außenministerin; sie steht im Einklang mit der „ehrgeizigen multilateralen Politik des Landes und unterstreicht das Engagement der mexikanischen Regierung für die Agenda der Gleichstellung der Geschlechter und Nichtdiskriminierung“ (Regierung von Mexiko, 2020; Delgado, 2020).

In der Ausrichtung auf die Reform und Verbesserung des mexikanischen Außenministeriums, einschließlich des Ziels der Parität innerhalb des Ministeriums, zeigt die feministische Außenpolitik Mexikos Ähnlichkeiten mit der „feministischen Diplomatie“ Frankreichs. Die Umsetzung des mexikanischen FFP soll zwischen 2020 und 2024 erfolgen und umfasst fünf Hauptprinzipien: (1) die Einbeziehung einer geschlechtsspezifischen Perspektive und einer feministischen Agenda in alle Aspekte der mexikanischen Außenpolitik; (2) Verwirklichung der Geschlechterparität im Außenministerium und Durchführung organisatorischer Reformen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz; (3) Bekämpfung aller Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt, auch innerhalb des Außenministeriums; (4) Sicherstellung, dass feministische Führungsqualitäten und der Beitrag von Frauen - insbesondere von Frauen aus indigenen, afro-konservativen und anderen historisch ausgeschlossenen Gruppen - zur Entwicklung der mexikanischen Außenpolitik sichtbar werden; und (5) Verfolgung eines intersektionellen feministischen Ansatzes bei allen außenpolitischen Maßnahmen (Mexikanische Beobachtungsstelle, 2020; Regierung von Mexiko, 2020; Delgado, 2020).

Im Hinblick darauf, wie Mexiko den Wortlaut seiner feministischen Außenpolitik in die Praxis umsetzen wird, verpflichtet sich Mexiko in seiner Strategie zu spezifischen, zeitgebundenen Maßnahmen in jedem der fünf Bereiche,

einschließlich der Entwicklung von Schulungen, Workshops, Arbeitsgruppen und Handbüchern innerhalb des ersten Jahres (Thompson, 2020). Dazu gehören die Vorstellung des Handbuchs der außenpolitischen Grundsätze und die Bescheinigung der Gleichstellung der Arbeitnehmer und der Nichtdiskriminierung (Regierung von Mexiko, 2020). Der mexikanische Senat arbeitet außerdem an einer umfassenden Änderung des mexikanischen Gesetzes über die Gleichstellung der Geschlechter und die Nichtdiskriminierung im Auslandsdienst, mit der diese Grundsätze gestärkt und gefördert werden sollen (ICRW, 2021). Das mexikanische FFP zielt darauf ab, „strukturelle Unterschiede, geschlechtsspezifische Diskrepanzen und Ungleichheiten zu verringern und zu beseitigen“ (Regierung von Mexiko, 2020). Laut der mexikanischen Vizeministerin für multilaterale Angelegenheiten und Menschenrechte Martha Delgado, deren Amt mit der Koordinierung des FFP betraut ist, „erfordert die strukturelle Ungleichheit zwischen den Geschlechtern eine radikale Lösung“.

Das mexikanische FFP zielt darauf ab, „strukturelle Unterschiede, geschlechtsspezifische Diskrepanzen und Ungleichheiten zu verringern und zu beseitigen“ (Regierung von Mexiko, 2020).

Das mexikanische FFP konzentriert sich auf historische und kontextuelle Schwachstellen, die Frauen und Mädchen daran hindern, ihre Rechte und ihr Potenzial voll auszuschöpfen (Delgado, 2020). Es erkennt die Rechte von LGBT-Gemeinschaften und anderen gefährdeten Gruppen an und fördert sie, ebenso wie umfassendere Initiativen für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte sowie den Klimawandel (Thompson, 2020). Mexikos feministische Außenpolitik konzentriert sich wie die spanische auf strukturelle Veränderungen, was folglich einen höheren Standard erfordert: Wird sich die Aufmerksamkeit für strukturelle Unterschiede auf Regierungsreformen und die Förderung von Frauen in Führungspositionen beschränken, oder wird sie sowohl die zugrunde liegenden Ursachen der Geschlechterungleichheit als auch die diskriminierenden Politiken, Systeme

und Strukturen, die Frauen und Mädchen zurückhalten, wirksam bekämpfen?

Vize-Ministerin Delgado schreibt, dass „Mexikos feministische Außenpolitik sowohl innenpolitische Auswirkungen hat, d.h. auf die gesellschaftliche und staatliche Struktur, als auch internationale Auswirkungen, die unsere bilateralen und multilateralen Verpflichtungen mit anderen Ländern auf der ganzen Welt betreffen“ (Delgado, 2020). Sie nennt als Beispiele für das Engagement Mexikos auf der internationalen Bühne die Ausrichtung des Generation Equality Forum, die Partnerschaft mit der Spotlight-Initiative zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, die Unterstützung von Nichtdiskriminierungsverträgen bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und die führende Rolle Mexikos bei der Konferenz der Vertragsparteien 2019 (COP25) in Sachen Gleichstellung der Geschlechter und Klimawandel (Delgado, 2020). Mexiko hat sein FFP auch mit der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verknüpft. Wie Vizeministerin Delgado schreibt: „Um effektiv zu sein, muss die Agenda zum Schutz von Frauen und Mädchen zusätzlich zu SDG 5 zur Gleichstellung der Geschlechter alle SDGs und alle Bereiche der Regierung und der Gesellschaft umfassen, weshalb Mexiko seine Außenpolitik aus einer feministischen Perspektive überarbeitet hat...“ (Delgado, 2020).

Obwohl diese Schritte ermutigend sind, haben Feministinnen auf „die Inkongruenz zwischen den Bestrebungen des Landes und seiner Führungsrolle auf der Weltbühne und dem tatsächlichen Zustand der Geschlechterbeziehungen im Land“ hingewiesen (Deslandes, 2020). Die Strategie nennt die Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt als eine ihrer obersten Prioritäten, aber inländische Frauenrechtsaktivisten haben die Untätigkeit der Regierung und die mangelnde Anerkennung von häuslicher Gewalt, staatlicher Gewalt und Femizid kritisiert (Deslandes, 2020). In Mexiko werden jeden Tag mindestens 10 Frauen ermordet, und wie in den meisten Ländern hat die Gewalt während der COVID-19-Pandemie zugenommen (Amnesty International, 2021). Präsident Andrés Manuel López Obrador wurde jedoch als „sehr unsympathisch gegenüber Forderungen nach Regierungsmaßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen“ beschrieben (Deslandes, 2020). Im März 2020 gingen bei den Notrufzentralen des Landes mehr als 26.000 Meldungen über Gewalt gegen Frauen ein, aber Präsident López Obrador

behauptete, dass die große Mehrheit davon „gefälscht“ sei, ähnlich wie bei Anrufen zu Streichen, und behauptete, dass das Thema Femizid „von den Medien manipuliert“ worden sei (Kitroeff, 2020).

Die Tatsache, dass das mexikanische FFP eine Priorität des Außenministeriums - und nicht unbedingt der Präsidentschaft - war, ist eindeutig und steht im Einklang mit den Trends in den vorangegangenen Ländern: Meistens handelt es sich um eine Initiative des Außenministeriums oder des Ministeriums für Gleichstellungsfragen und nicht unbedingt um eine Kernpriorität der Exekutive. Während die Regierungen auf der Weltbühne eine fortschrittliche Politik verfolgen können, müssen ihre Bemühungen auch mit der Politikgestaltung und der Unterstützung für die Gleichstellung der Geschlechter im eigenen Land übereinstimmen. Im Falle Mexikos haben Feministinnen schnell auf das Missverhältnis hingewiesen und die Regierung dazu gedrängt, mehr zu tun und es besser zu machen.

Als Reaktion auf diese Kritik übermittelten Vertreter des mexikanischen Außenministeriums dem ICRW die folgenden schriftlichen Kommentare: Dieses Gefühl - dass die mexikanische Regierung durch die Förderung einer feministischen Außenpolitik über das Außenministerium zunehmend verpflichtet ist, eine stärkere Frauenrechtsagenda im eigenen Land voranzutreiben und zu artikulieren - ist die Hoffnung feministischer Aktivistinnen, einschließlich derjenigen der mexikanischen Beobachtungsstelle für die feministische Außenpolitik Mexikos, die Mexikos Verpflichtungen im Rahmen des FFP nutzen, um auf eine ähnliche Aufmerksamkeit für die Gleichstellung der Geschlechter im eigenen Land zu drängen (Mexikanische Beobachtungsstelle, 2020). Zusätzlich zu der Forderung, dass die Regierung der häuslichen Gewalt gegen Frauen Aufmerksamkeit

In Mexiko werden jeden Tag mindestens
10 Frauen
ermordet, und wie in den meisten Ländern hat die Gewalt während der COVID-19-Pandemie zugenommen.

„Es wäre nicht kohärent, eine solche Außenpolitik zu fördern, wenn die geschlechtsspezifischen Unterschiede und Ungleichheiten auf nationaler Ebene fortbestehen.

Deshalb sind wir an einer internationalen Zusammenarbeit mit Ländern interessiert, die eine feministische Außenpolitik betreiben. Aus ihren Erfahrungen können wir lernen, wie wir den Aufbau von egalitären und integrativeren Gesellschaften vorantreiben können. Mit der Verabschiedung einer feministischen Außenpolitik versuchen wir auch, die internationalen Empfehlungen zu den Menschenrechten von Frauen und Mädchen zu erfüllen, die verschiedene internationale Organisationen an Mexiko gerichtet haben.

Mexiko ist der Ansicht, dass die Beachtung dieser Empfehlungen zu Fortschritten bei der Harmonisierung wirksamer nationaler Rechtsvorschriften führen würde. Neben der Verbesserung eines effektiven Systems und der Rechtspflege unter Berücksichtigung der Geschlechterperspektive...

[Im Hinblick auf geschlechtsspezifische Gewalt und Femizide im Land]: „Es handelt sich um ein strukturelles Problem, das ausgemerzt wird, wir würden es gerne schnell lösen, aber es gibt viele Strukturen, die sich ändern müssen. In diesem Sinne ist es ein Risiko, eine Politik als „feministisch“ zu bezeichnen, aber wir halten es für notwendig, um bei der Beseitigung des Problems voranzukommen....

Die mexikanische feministische Außenpolitik sollte mit allen möglichen Stimmen gestaltet werden, daher ist die Kritik berechtigt und notwendig. In der Tat hat das mexikanische Außenministerium einige Treffen mit Organisationen der Zivilgesellschaft organisiert und wird dies auch in Zukunft tun, um alle wichtigen Meinungen und Standpunkte zu hören.

Es ist auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass das mexikanische FFP darauf abzielt, in Zusammenarbeit mit verschiedenen mexikanischen Institutionen die höchsten internationalen Standards im Lande zu etablieren. Damit wird unsere nationale Politik gestärkt, die natürlich, wie alle Länder der Welt, Herausforderungen hat“.

schenkt, fordert die Beobachtungsstelle auch strukturelle Veränderungen, um der Straflosigkeit und der Korruption ein Ende zu setzen, sowie Budgets und Planungen, die eine Geschlechterperspektive widerspiegeln, eine Reihe von Ungleichheiten angehen und angemessene Ressourcen bereitstellen, damit die Politik erfolgreich umgesetzt werden kann (Mexikanische Beobachtungsstelle, 2020). Diese und andere Stimmen von Expertinnen und Anwältinnen der feministischen Zivilgesellschaft - in Mexiko und auf der ganzen Welt - sind genau die Interessengruppen, von denen die Regierung hören sollte, wenn sie die oben erwähnten Konsultationen der Zivilgesellschaft zur Umsetzung des FFP weiterführt. Die erklärte Absicht der

Regierung, die Verpflichtungen im Rahmen der feministischen Außenpolitik Mexikos zu nutzen, um internationale Menschenrechtsstandards für Frauen im eigenen Land zu integrieren und voranzubringen - unter anderem durch den Start der Spotlight-Initiative der Vereinten Nationen zur Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt -, ist ein vielversprechender Hinweis auf einen möglichen Wandel in der Zukunft.

Die Maßnahmen Mexikos in den nächsten Jahren werden darüber entscheiden, ob das FFP Bestand haben wird. Jüngste Entwicklungen, darunter die bahnbrechende Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, Abtreibung landesweit zu entkriminalisieren - eine zentrale

Forderung von Frauenrechtsgruppen - und die Gleichstellung der Geschlechter im Gesetz mit einer gleichberechtigten Vertretung weiblicher Kongressabgeordneter, sind vielversprechende innenpolitische Maßnahmen, die hoffentlich den Trend zu feministischen Ansätzen bei der Politikgestaltung und -umsetzung sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik verstärken werden. Und obwohl Mexikos feministische Außenpolitik eine der jüngsten der Welt ist und noch nicht genügend Zeit hatte, um evaluiert zu werden, legt sie doch spezifische, messbare und zeitgebundene Benchmarks fest, die unter jedem ihrer fünf Ziele für den Zeitraum 2020-2024 erreicht werden sollen. Dies ist ein lobenswerter und wichtiger Faktor für die Rechenschaftspflicht und wird in den nächsten Jahren eine regelmäßige Überwachung, Bewertung und ein Lernen ermöglichen, vorausgesetzt, die Regierung verfolgt die Fortschritte und berichtet darüber. Nach

einigen Jahren sollte Mexiko eine strenge, externe Evaluierung durch eine unabhängige Partei in Auftrag geben und die Ergebnisse zusammen mit seinen eigenen internen Aufzeichnungen veröffentlichen.

Vize-Ministerin Delgado schreibt: „Mexiko ist bereit, von anderen Ländern mit mehr Erfahrung zu lernen, seine Vorteile zu teilen und die Nationen unserer Region bei der Übernahme dieser Außenpolitik zu führen“ (Delgado, 2020). Eine feministische Außenpolitik soll transformativ, kooperativ und verändernd sein. Wenn mexikanische Regierungsvertreter, feministische Aktivistinnen und die Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um wirksame Reformen, wie sie im FFP skizziert sind, zu erreichen, könnte das mexikanische Beispiel für viele Länder ein Vorbild sein.





SPANIEN: FÖRDERUNG DER GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER DURCH EXTERNE MASSNAHMEN

Im März 2021 war Spanien das sechste Land, das eine feministische Außenpolitik verfolgte und einen Leitfaden für feministische Außenpolitik veröffentlichte. Nach Angaben der Regierung stellt der Leitfaden einen Rahmen für die praktische Umsetzung einer feministischen öffentlichen Politik dar, um sowohl die nationale als auch die ausländische Politik und Maßnahmen aufeinander abzustimmen und Spaniens Engagement für Frauen und Mädchen zu stärken.

Feministische Diplomatie und multilaterale Politiken werden als Schlüsselbereiche des

spanischen FFP skizziert, die durch „einen zweigleisigen Ansatz, der die vorrangigen Arbeitsbereiche des Auslandsdienstes stärkt und gleichzeitig die Geschlechterperspektive in alle Phasen der Außenpolitik sowie in alle ihre Aktionen einbezieht“, gefördert werden sollen. (Politica Exterior Feminista, 2021)

Dem Leitfaden zufolge wird die feministische Außenpolitik Spaniens von fünf Grundsätzen geleitet, die das außenpolitische Handeln in verschiedenen Bereichen bestimmen:

1. Strukturelle Reformen zur Veränderung der Arbeitspraktiken und der institutionellen Kultur innerhalb des Auslandsdienstes, um sicherzustellen, dass die Geschlechterperspektive durch einen „transformativen Ansatz“, der auf Kohärenz in allen Bereichen des auswärtigen Handelns abzielt, systematisch in alle Maßnahmen einbezogen wird.
2. Starke Führung im gesamten Auslandsdienst, um den außenpolitischen Rahmen zu entwickeln und sicherzustellen, dass der Rahmen in die Management- und Haushaltsprozesse einbezogen wird.
3. Einrichtung von Koordinierungsmechanismen zur Stärkung der Eigenverantwortung und der Umsetzung der feministischen Außenpolitik unter den verschiedenen Akteuren.
4. Stärkung der Partizipation und Bildung von Allianzen, um die staatlichen Anstrengungen zur Gleichstellung der Geschlechter zu vereinen. Dies umfasst die Erzielung eines Konsens über die Politik mit der Zivilgesellschaft und anderen relevanten Interessengruppen wie dem Außenministerium, dem Ministerium für Gleichstellung und der Europäischen Union.
5. Schließlich konzentriert sich die spanische Politik ähnlich wie die mexikanische auf Intersektionalität und Diversität als Teil ihres feministischen Ansatzes zum Gender-Mainstreaming in der Außenpolitik. Dem Leitfaden zufolge umfasst dieser Schwerpunkt Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, sexuelle Orientierung, wirtschaftlichen Status, religiöse Überzeugung sowie Behinderung und Herkunftsort.

Die fünf Grundsätze sollen in mehreren Schwerpunktbereichen angewandt werden, darunter Handel, Verteidigung, Klimaschutz und wirtschaftliche Gerechtigkeit sowie die Menschenrechte von Frauen und Mädchen.

Was die Umsetzung anbelangt, so schlägt der Leitfaden vor, dass der spanische Auslandsdienst die fünf Grundsätze vorantreibt, indem er Maßnahmen zur Erreichung der folgenden Ziele in den Vordergrund stellt:

1. **Die Gleichstellung der Geschlechter wird in alle außenpolitischen Instrumente und Maßnahmen einbezogen:** Die Gleichstellung der Geschlechter wird in allen strategischen Bereichen, einschließlich des Klimawandels, der bilateralen Beziehungen Spaniens und aller Aspekte der Entwicklung der Außenpolitik, eine Priorität darstellen.
2. **Förderung der Gleichstellung der Geschlechter durch regionale Initiativen:** Stärkung der Beziehungen zu Allianzen, Partnern und der Zivilgesellschaft durch die spanische Agentur für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (AECID) und andere Initiativen. Das spanische FFP wird auch darauf abzielen, die Führungsrolle von Frauen und ihre politische Beteiligung an der Friedens- und Sicherheitsagenda zu fördern.
3. Spanien wird **seine Position als Verfechter der Gleichstellung der Geschlechter** innerhalb der Europäischen Union (EU) durch die Förderung von Gleichstellungsinstrumenten, den Einsatz für die Menschenrechte von Frauen und die Entwicklung und Umsetzung des EU-Aktionsplans für Frauen weiter ausbauen und stärken.
4. **Multilaterale Diplomatie:** Spanien wird bestrebt sein, seine bestehenden Verpflichtungen zu vertiefen, indem es Initiativen und Agenden zur Gleichstellung der Geschlechter unterstützt, die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen und dem Europarat verbessert und die Führungsrolle und Beteiligung von Frauen in internationalen Agenturen und Organisationen fördert.

Schließlich fordert die spanische feministische Außenpolitik strukturelle Veränderungen innerhalb des Auslandsdienstes, um die internen Praktiken an den Grundsätzen der Gleichberechtigung und Chancengleichheit auszurichten, einschließlich der Verankerung einer geschlechtsspezifischen Perspektive in allen Initiativen und Aktionsplänen, die in der gemeinsamen COVID-Reaktionsstrategie der spanischen Entwicklungszusammenarbeit (spanische Regierung, 2021) formuliert sind.

Obwohl die innenpolitischen Pläne und Maßnahmen in der *Politica Exterior Feminista* nicht im Detail beschrieben werden, wird die Bedeutung einer kongruenten Innen- und Außenpolitik für die Rechte der Frauen erwähnt. Die spanische Außenministerin Arancha González Laya hat betont, dass „die feministische Diplomatie die notwendige Kohärenz zwischen der nationalen Politik und dem außenpolitischen Handeln des Staates widerspiegelt“ (*Politica Exterior Feminista*, 2021). Ein bemerkenswerter Fortschritt in diesem Bereich ist die Ratifizierung des Übereinkommens 190 (C190) der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zur Anerkennung der Rechte aller Arbeitnehmer und zur Verhinderung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Belästigung im Land sowie die Bemühungen um eine stärkere Vertretung von Frauen in Parlamenten und Ministerien (Global

Gender Gap Report, 2020). Diese Dynamik auf nationaler Ebene könnte die Bemühungen um eine stärkere Vertretung von Frauen im Auslandsdienst unterstützen, wo Frauen immer noch etwas weniger als ein Drittel (28 Prozent) aller spanischen Diplomaten ausmachen. Auch die Quote der Botschafterinnen ist gering.

Was die Rechenschaftspflicht betrifft, so schreibt die spanische feministische Außenpolitik eine jährliche öffentliche Berichterstattung über die Fortschritte bei der Umsetzung vor, die „dem Parlament vorgelegt und mit den Beteiligten und der Zivilgesellschaft erörtert werden muss“.

Ein weiteres ermutigendes Merkmal in diesem Bereich ist die Einsetzung einer hochrangigen Beratergruppe, die die künftigen Prioritäten und Maßnahmen festlegen soll, sowie die Verpflichtung, die Erhebung

15 % der spanischen ODA-Ausgaben für 2019 sind für die Gleichstellung der Geschlechter bestimmt - eine beachtliche Summe, die über dem OECD-DAC-Durchschnitt liegt.

aufgeschlüsselter Daten zu verstärken, wobei zusätzliche Mittel für eine bessere Überwachung vorgesehen sind.

Was die Entwicklungshilfe anbelangt, so waren 15 Prozent der spanischen ODA-Ausgaben für 2019 auf die Gleichstellung der Geschlechter als Hauptziel ausgerichtet - eine respektable Summe, die über dem OECD-DAC-Durchschnitt liegt, auch wenn der Anteil der wichtigsten oder bedeutendsten Ausgaben mit 41 Prozent viel geringer ist als

in Kanada, Schweden, Frankreich und anderen führenden Ländern. Das spanische FFP könnte bei letzterem noch ehrgeiziger sein, ist aber mit seinem Schwerpunkt auf strukturellem Wandel und Intersektionalität, der festen Verpflichtung zur Konsultation der Zivilgesellschaft und der jährlichen öffentlichen Fortschrittsberichterstattung ansonsten gut positioniert, um einen „echten und wirksamen Wandel“ herbeizuführen, wie Präsident Pedro Sanchez erklärte.



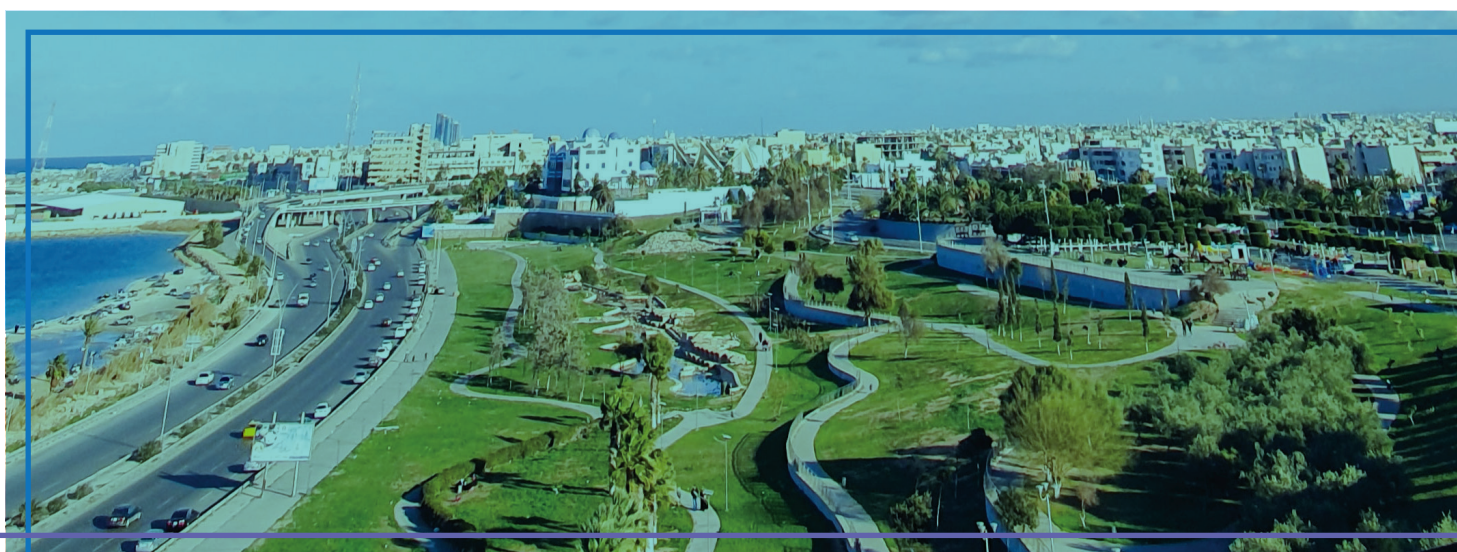


LIBYEN: FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK IM NAHEN OSTEN UND NORDAFRIKA (MENA)

Auf dem diesjährigen Generation Equality Forum (GEF) in Paris kündigte die libysche Ministerin für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit Najla Mangoush - die erste Frau in dieser Funktion - als erstes afrikanisches Land an, eine feministische Außenpolitik zu betreiben. Bei ihren Argumenten für eine feministische Außenpolitik konzentrierte sich Ministerin Mangoush auf die sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen des Landes und die anhaltenden Konflikte - ein ganz anderer Kontext für eine feministische Außenpolitik als bei den Vorgängern Libyens. In ihren Ausführungen verwies Mangoush auf die Wurzeln dieses Ansatzes in der Frauen-, Friedens- und Sicherheitsagenda und nannte die libysche Stabilisierungsinitiative als Beispiel für eine Politik, die einen umfassenden, integrierten Ansatz zur Bekämpfung der Konfliktursachen in Libyen fördere, der sinnbildlich für den libyschen Ansatz zur FFP sei. Die Initiative unterstützt mehrere Schlüsselthemen, darunter: freie, faire und transparente Wahlen, die Bekämpfung des Waffenflusses und der Präsenz ausländischer Kämpfer, die Bekämpfung des Terrorismus und die Verhinderung von gewalttätigem Extremismus, die Beendigung von Zwangsmigration und Vertreibung, die Umsetzung der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit und die Entwicklung ihres internationalen Aktionsplans, die Schaffung eines Modells der geteilten Verantwortung, das die Menschen in den Mittelpunkt der Entscheidungsprozesse stellt, sowie die Unterstützung eines menschenrechtsbasierten Ansatzes und der Rechtsstaatlichkeit (ICRW, 2021).

Obwohl diese Ankündigung erst ein paar Monate alt ist und Libyen noch nicht öffentlich dargelegt hat, was sein FFP beinhalten wird, betonte Mangoush, dass der Ansatz auf dem Verständnis der Perspektive marginalisierter Parteien bei der Gestaltung der libyschen Außenpolitik und der Entscheidungsfindung, der Verbesserung des Lebensstandards für diese Gemeinschaften und der Wahrung der menschlichen Sicherheit, der Würde und der digitalen Sicherheit beruhen wird. Sie identifizierte verschiedene Wege für mögliche Reformen, darunter die Reform des Sicherheitssektors, wirtschaftliche Reformen und politische Reformen (ICRW, 2021).

Abschließend wies Ministerin Mangoush darauf hin, dass das libysche FFP einen breiteren regionalen und multilateralen Nutzen haben soll: „Die Einführung einer feministischen Außenpolitik würde nicht nur Libyen bei seiner Stabilisierung helfen, sondern auch unsere Region stabilisieren.“ Die libyschen Frauen setzen sich seit Jahren für mehr Rechte, Vertretung und Beteiligung an Entscheidungsprozessen ein. Die Ernennung von Ministerin Mangoush und ihre Ankündigung eines künftigen libyschen FFP stellen einen begrüßenswerten Fortschritt dar und signalisieren, dass diese Themen für die Regierung in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden; alle Augen sind auf Libyen gerichtet, um zu sehen, was die Politik mit sich bringen wird und welche Auswirkungen sie auf das Land und die Region haben wird (Reuters, 2021).



AUF DEM WEG ZU EINEM GLOBALEM GOLDSTANDARD FÜR FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK

Gerade in den letzten Jahren hat sich eine enorme Dynamik entwickelt, da immer mehr Länder eine feministische Außenpolitik ankündigen und Feministinnen innerhalb und außerhalb der Regierung zusammenarbeiten, um einen immer ehrgeizigeren und intersektionalen Ansatz in dieser wachsenden Disziplin voranzutreiben. Mit der Einführung von Maßnahmen in Mexiko und Libyen wurde die frühere Vorstellung einer feministischen Außenpolitik als ausschließliches Instrument reicher oder westlicher Nationen durchbrochen und das Konzept von den traditionellen Hilfs- oder Unterstützungsbeziehungen befreit, die ihre eigenen, mit dem Postkolonialismus und politisch-ökonomischen Interessen verbundenen Probleme haben. Die Anwendung eines feministischen Ansatzes auf die gesamte Außenpolitik - nicht nur auf die Entwicklungshilfe - eröffnet wichtige Möglichkeiten, damit sie nicht nur eine Aufgabe der Regierungen des Nordens ist; vielmehr könnte die gesamte globale Zusammenarbeit feministisch sein: Nord-Nord, Nord-Süd, Süd-Nord und Süd-Süd gleichermaßen.

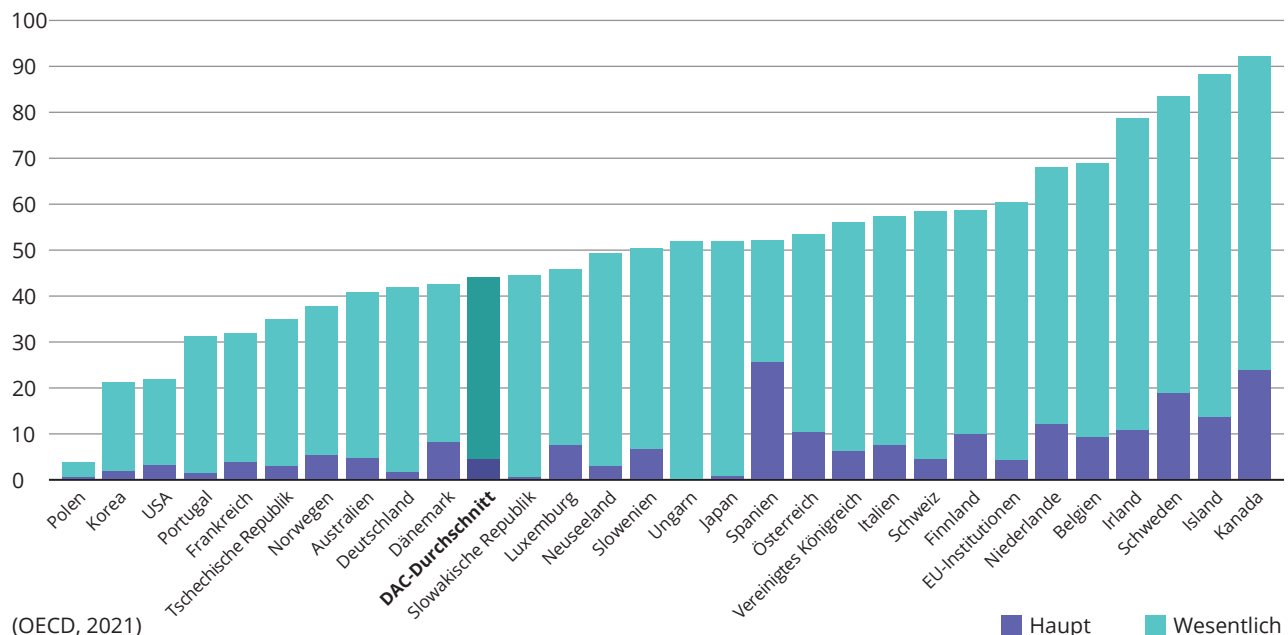
Das soll natürlich nicht heißen, dass die Auslandshilfe keinen feministischen Ansatz verfolgen kann; in der Tat können und sollten

die Geber wichtige Beiträge zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Unterstützung von Bewegungen für die Rechte von Frauen und LGBTQIA+-Personen, zur Gewaltprävention und Friedensförderung sowie zur Verbesserung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte leisten, um nur einige dringende Themen zu nennen.

Darüber hinaus sind die Ausgaben für die Auslandshilfe einer der wenigen Indikatoren, die uns zur Verfügung stehen, um zu bewerten, inwieweit die Länder Ressourcen für ihre feministische Außen- bzw. feministische Auslandshilfepolitik bereitstellen. Die OECD-Analyse der geschlechtsspezifischen Ausgaben - der „Geschlechtermarker“ - ist ein unvollkommener Maßstab für das Ressourcenelement der feministischen Außenpolitik, aber er ist der am leichtesten verfügbare. Die meisten Analysen konzentrieren sich auf die Ausgaben der Länder für die Gleichstellung der Geschlechter als Hauptziel oder wesentliches Ziel. Betrachtet man den durchschnittlichen Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe für die Gleichstellung der Geschlechter in den Jahren 2018 und 2019, bei dem die Gleichstellung der Geschlechter das Hauptziel

ANTEIL DER ODA (%) FÜR DIE GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER NACH DAC-MITGLIED

Durchschnitt pro Jahr 2018-19



(OECD, 2021)

oder ein wesentliches Ziel ist, so liegt Kanada mit 92 Prozent an der Spitze der Welt, gefolgt von Schweden mit 84 Prozent und Frankreich mit 32 Prozent (OECD, 2021). (Kanada hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2022 95 Prozent und Frankreich 50 Prozent zu erreichen). Wir schlagen jedoch vor, dass in Zukunft ein besserer Indikator die Ausgaben der Länder für die Gleichstellung der Geschlechter als Hauptziel sein könnten, die deutlich niedriger sind. In denselben Jahren kommt Kanada auf etwa 24 Prozent, Schweden auf knapp 18 Prozent und Frankreich auf etwa 4 Prozent. Der Durchschnitt liegt weltweit bei unter 5 Prozent, während 56 Prozent der Hilfe weltweit völlig geschlechtsblind bleiben (OECD, 2021).

Unsere erste Analyse der wenigen weltweit existierenden „feministischen“ Ansätze in der Außenpolitik und -hilfe zeigt eine Reihe von vielversprechenden Praktiken und Ansätzen, die als Grundlage für die Gestaltung künftiger Politiken dienen können. Wir haben bereits auf drei Punkte hingewiesen: Druck auf die Länder, in allen Bereichen der Außenpolitik (Hilfe, Handel, Verteidigung, Diplomatie und zunehmend auch in der Einwanderungspolitik) einen feministischen Ansatz zu verfolgen; mehr Investitionen in die Gleichstellung der Geschlechter als wichtigstes und finanziertes Ziel zu tätigen und in diesem Rahmen mehr Mittel für feministische und Frauenrechtsorganisationen und -bewegungen bereitzustellen; und eine rigorosere und unabhängigere Praxis der Überwachung, Bewertung, Forschung und des Lernens im Zusammenhang mit den angestrebten Ergebnissen der Politiken einzuführen.

Ein Bereich, den man in Betracht ziehen sollte, ist die Verwendung des Wortes „feministisch“, wenn es um eine Politik geht, die sich überwiegend auf „Frauen und Mädchen“ konzentriert. Diese Praxis verstärkt die Binarität und untergräbt die Bemühungen, weiße, ethnozentrische/westliche und cisgeschlechtliche Vorstellungen von Feminismus zu überwinden. Selbst wenn sich die Politik auf die Gleichstellung der Geschlechter und nicht nur auf die Stärkung der Rolle der Frau konzentriert, wird kritisiert, dass die sich überschneidenden Formen der Diskriminierung und Marginalisierung, unter anderem aufgrund von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, Behinderung, Klasse oder Flüchtlingsstatus, nicht berücksichtigt werden.

Auch das historische Erbe der militärischen Intervention und der Kolonialisierung kann nicht ignoriert werden: Schweden, Frankreich und Spanien waren allesamt Kolonisatoren, während einige der Praktiken aus dem 19. und 20. Jahrhundert zur „Assimilierung“ der indigenen Bevölkerung in Kanada von modernen indigenen Gruppen als „kultureller Genozid“ bezeichnet wurden (Zalcman, 2015). Premierminister Justin Trudeau hat den Völkermord inzwischen anerkannt und eine förmliche Entschuldigung ausgesprochen, nachdem in einem ehemaligen Internat Hunderte von nicht gekennzeichneten Gräbern indigener Schüler gefunden worden waren (Alhimdi, 2021; DW News, 2021). Doch Kanada hat noch einen weiten Weg vor sich, um seine indigenen Gemeinschaften zu unterstützen, und die Entdeckung weiterer Massengräber zeigt die düstere Geschichte des Landes (NPR, 2021). Kanada ist auch wegen seiner finanziellen Unterstützung für kanadische privatwirtschaftliche Rohstoffunternehmen in die Kritik geraten, deren Arbeit lokale Ökosysteme, indigene Völker und lokale Gemeinschaften dezimiert hat, einschließlich Berichten über Angriffe auf Frauenrechtsverteidiger (Oxfam Canada, 2018).

Um es direkter auszudrücken: Manche fragen sich, ob feministische Außenpolitik nur der neueste postkoloniale Export der Länder des Nordens ist, vielleicht gut gemeint, aber letztlich ebenso uninformiert von den Perspektiven derjenigen, die sie empfangen, und sogar von den Realitäten ihrer eigenen Innenpolitik entfernt.

Dies gilt insbesondere für die Entwicklungshilfe. „Postkoloniale Feministinnen sind auch vorsichtig in ihrer Interpretation feministischer Universalismen, weil sie argumentieren, dass solche Darstellungen von moralischer Pflicht die besonderen Erfahrungen und Geschichten nicht-westlicher Frauen untergraben“, argumentiert Rosamond, Dozentin an der Universität Lund in Schweden (Rosamond, 2013). Mit anderen Worten: „Nichts über uns, ohne uns“, wie das aus der Behindertenrechtsbewegung stammende Sprichwort besagt - ein Gedanke, der in der Praxis oft nicht umgesetzt wird (Charlton, 1998). Selbst in fortschrittlichen Menschenrechtsdiskussionen wurden Frauen und insbesondere Frauen mit mehrfach marginalisierten Identitäten häufig nicht in den Diskurs einbezogen, der die Politik in Bezug auf sie entwickelt und gestaltet hat. Auch

wenn solche Ansätze gut gemeint sind, können sie Ungleichheiten und Unterdrückungssysteme eher aufrechterhalten als abbauen. Sowohl für Schweden als auch für Kanada war eine der lautesten Kritiken an den Bemühungen um eine feministische Außenpolitik der gleichzeitige Waffenhandel mit nicht-demokratischen Ländern, die für die Förderung von Menschenrechtsverletzungen an Frauen bekannt sind. Schweden liefert weiterhin Waffen an nicht-demokratische Länder, denen umfassende Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden, darunter Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Pakistan und Brasilien (Svenska Freds 2021; SIPRI, 2020). Kanada sah sich nach der Veröffentlichung seiner feministischen internationalen Hilfspolitik der gleichen Kritik für seine Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien ausgesetzt (Vucetic, 2018). In Frankreich haben Parlamentarierinnen und Feministinnen gleichermaßen die militärische Unterstützung von Präsident Macron für einen Diktator im Tschad in Frage gestellt, und in Mexiko haben sich Befürworterinnen dagegen gewehrt, dass ihre Regierung angesichts der zunehmenden Fälle von geschlechtsspezifischer Gewalt und der Untätigkeit der Regierung bei der Einführung von Reformen oder der Anerkennung von Femiziden eine „feministische“ Politik vertritt (Deslandes, 2020). In den Ländern mit etablierteren FFPs stellt sich auch die Frage, inwieweit die Politik die Art und Weise verändert hat, wie Gelder ausgegeben werden, wie Probleme angegangen werden und wie Mitarbeiter und Beamte Szenarien bewerten und politische und programmatische Entscheidungen treffen.

Dies sind alles wichtige Kritiken, und wie in diesem Dokument dokumentiert, führen sie in der Regel dazu, dass die Regierung darauf reagiert - ein Teil der feministischen Übung der Kritik an der Macht und der Aufforderung zu progressiven Veränderungen. Genauso wichtig ist es jedoch, die Fortschritte zu dokumentieren und zu würdigen und die Bemühungen, die erfolgreich zu sein scheinen, zu unterstützen. Andernfalls könnte das Konzept selbst aussterben, da fortschrittliche Regierungen mit Gegenreaktionen sowohl von rechts als auch von links zu kämpfen haben.

Ein typisches Beispiel: Im Jahr 2018 gaben kanadische Beamte zu, dass sie mit Gegenreaktionen konfrontiert waren und die Verwendung des Wortes „feministisch“ vor den Wahlen im Land abschwächten (Thompson und Asquith, 2018). Die Wiederwahl der Regierung

ermöglichte es ihr dann, sich eingehender mit der Frage zu befassen, wie die FIAP zu einem vollständigen FFP ausgebaut werden könnte - doch die Geschichte scheint sich zu wiederholen, denn das seit langem erwartete Weißbuch der jetzigen Regierung hat sich um Monate verzögert und es ist unwahrscheinlich, dass es noch vor den vorgezogenen Wahlen veröffentlicht wird. Auch das Schicksal der schwedischen Politik ist in Frage gestellt. Nach einem Misstrauensvotum leitet der Premierminister derzeit eine geschäftsführende Regierung, die vor allem in dringenden Angelegenheiten Entscheidungen trifft (Schwedische Regierung, 2021). Dies ist eine politische Realität, mit der man sich auseinandersetzen muss, sonst gibt es wenig Anreiz für die Regierungen, durchzuhalten und sich zu verbessern, oder für neue Regierungen, sich an die Arbeit zu machen, wenn das Konzept selbst von der Linken und der Rechten an den Pranger gestellt wird (Gill-Atkinson et al., 2021).



DEFINITION FEMINISTISCHER AUSSENPOLITIK

Vor diesem Hintergrund versuchen Feministinnen innerhalb und außerhalb der Regierung, einen globalen Goldstandard für feministische Außenpolitik zu destillieren, und haben dazu einige Schlüsselprinzipien und -ansätze formuliert.

Wir haben uns bewusst gemacht, dass Außenpolitik weitgehend von männlich dominierten Strukturen geschrieben und durchgeführt wird, die traditionelle, patriarchalische Machtssysteme aufrechterhalten - vor allem, wenn es um Verteidigung und Diplomatie geht -, und dass bestehende Definitionen daher wahrscheinlich nicht gut für diese Aufgabe geeignet sind, und haben dennoch mit dem Wörterbuch begonnen.

Laut Merriam-Webster ist Außenpolitik: **„Die Politik eines souveränen Staates in seiner Interaktion mit anderen souveränen Staaten“** (Merriam Webster's Dictionary, 2018) Der Begriff der Souveränität steht im Mittelpunkt dieser Definition, die von Anfang an eine Herausforderung für das Konzept der universellen Menschenrechte darstellte. Die Vereinigten Staaten haben sich beispielsweise konsequent geweigert, den internationalen Frauenrechtsvertrag, das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), zu ratifizieren, und berufen sich dabei auf Souveränitätsbedenken, womit sie sich in einer schmachvollen Minderheit von nur sechs anderen Verweigerern wie Iran, Somalia und Sudan befinden.

Das ist *Außenpolitik*. Überraschenderweise hat das Wörterbuch auch etwas über Feministen zu sagen: **„die Theorie der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gleichheit der Geschlechter“** und **„die organisierte Tätigkeit für die Rechte und Interessen der Frauen“**.

Somit könnte eine zusammengesetzte Definition der beiden Begriffe lauten: **„Feministische Außenpolitik: Die Politik eines souveränen Staates in seiner Interaktion mit anderen souveränen Staaten, die auf der Theorie der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gleichheit der Geschlechter beruht, dient der Förderung der Rechte und Interessen**

der Frauen.“

Das ist ein guter Ausgangspunkt für eine Debatte, entspricht aber kaum unserem Interesse, unsere Definition nicht nur auf Frauen, sondern auf Machtverhältnisse und Gleichstellung der Geschlechter im weiteren Sinne auszurichten und ein ausdrücklich rechtesbasiertes und intersektionales Verständnis von Feminismus zu verwenden. In einer Zeit, in der eine wachsende Zahl von Staaten nicht nur mit anderen Regierungen, sondern auch mit Bewegungen, multinationalen Unternehmen und anderen nichtstaatlichen Akteuren konkurriert, bestätigt diese Konstruktion auch ein überholtes Konzept einer globalen Ordnung, die ausdrücklich auf dem Staat beruht.

In unseren bisherigen Beratungen hat sich der Begriff „intersektional“ als wesentlicher Bestandteil jeder Definition von feministischer Außenpolitik herauskristallisiert. Kimberle Crenshaw hat die Intersektionalität als „eine Linse beschrieben, durch die man sehen kann, wo Macht entsteht und kollidiert, wo sie ineinandergreift und sich überschneidet“. In dem Papier, das sie vor fast 30 Jahren schrieb, nutzte sie diese Linse, um die sich überschneidenden Schübe von Diskriminierung und Marginalisierung aufzuzeigen, denen schwarze Frauen aufgrund von Rassismus und Sexismus ausgesetzt sind (Crenshaw, 1989). Dies ist ein besonders geeignetes Konzept, um es in unsere Definition einzubeziehen, sowohl weil die Außenpolitik im Laufe der Geschichte so oft von Männern betrieben wurde, die sich in andere Länder, typischerweise in Gemeinschaften von Farbigen, einschlichen und die Frauen und Reichtümer, die sie dort vorfanden, ausplünderten. Es ermöglicht einen breiteren Fokus auf *Macht*, wie sie sich zwischen und unter einer beliebigen Anzahl von Gruppen manifestiert, wie es die feministische Analyse tut.

Wir erkennen auch an, dass der schwedische Rahmen für *Rechte, Ressourcen und Repräsentation* sowohl als erstes als auch als ehrgeizigstes Beispiel bis heute oft als definitorisch angesehen wird. Wir halten den Rahmen der drei „Rs“ für nützlich, wenn auch nicht unbedingt für radikal - eine Politik, die sich auf diese drei vagen Komponenten beschränkt, ist nicht explizit feministisch und bekräftigt nicht das von uns angestrebte Engagement für Intersektionalität. Dennoch ist es wichtig, sie einzubeziehen, und ein nützlicher Rahmen, auf dem man aufbauen kann.

Und sie haben gebaut: Feministinnen aus den verschiedenen Regierungen, die FFPs verabschiedet haben, und Aktivistinnen, die sich außerhalb für sie einsetzen, haben gemeinsam den schwedischen Ausgangsrahmen erweitert und schlagen die folgende, erweiterte Liste von „Rs“ vor: Rechte, Ressourcen, Repräsentation, Recherche und Berichterstattung sowie Reichweite. Die zusätzlichen „Rs“ fördern die Überwachung und Bewertung sowie die Berücksichtigung der Geschlechterperspektive und die Kohärenz aller Politiken und Programme (Thompson 2020).

In der Zwischenzeit hat sich folgende Definition herausgebildet, die versucht, die rassistischen, kolonialistischen, patriarchalischen und männlich dominierten Strukturen, die der Außenpolitik traditionell zugrunde liegen, anzuerkennen und zu korrigieren, und die einen intersektionellen Ansatz für den Feminismus in dieser Disziplin vorantreibt:

„Feministische Außenpolitik ist die Politik eines Staates, der seine Interaktionen mit anderen Staaten sowie mit Bewegungen und anderen nichtstaatlichen Akteuren so definiert, dass er dem Frieden, der Gleichstellung der Geschlechter und der Unversehrtheit der Umwelt Vorrang einräumt, die Menschenrechte aller verankert, fördert und schützt, versucht, koloniale, rassistische, patriarchalische und von Männern dominierte Machtstrukturen aufzubrechen, und erhebliche Ressourcen, einschließlich Forschung, für die Verwirklichung dieser Vision aufwendet. Feministische Außenpolitik ist kohärent in ihrem Ansatz über alle ihre Einflussmöglichkeiten hinweg, verankert durch die Ausübung dieser Werte im eigenen Land und mitgestaltet von feministischen Aktivistinnen, Gruppen und Bewegungen im In- und Ausland“ (Thompson, Patel, Kripke, O'Donnell, 2020).

Dies bedeutet eine Außenpolitik, die nicht nur von Frauen oder für Frauen gemacht wird, sondern die darüber hinausgeht und eine nicht binäre, geschlechtsspezifische Sichtweise einnimmt, die historische patriarchalische und oft rassistische bzw. neokolonialistische Machtungleichgewichte, wie sie sich auf der Weltbühne abspielen, anerkennt und zu korrigieren versucht. Darüber hinaus beschränkt sich unsere Vorstellung von feministischer Außenpolitik nicht auf einen einzigen Hebel der internationalen Beziehungen - „feministische Diplomatie“ oder „feministische internationale Hilfe“ oder ähnliches - und schon gar nicht ist ein einzelnes Hilfsprogramm oder eine einzelne Initiative eine feministische Außenpolitik. Stattdessen **ist feministische Außenpolitik ein vollständiger, konsistenter und kohärenter Ansatz, der alle Bereiche der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen umfasst.** Wenn es richtig gemacht wird, wird der Ansatz neben der Diplomatie auch Hilfe, Handel, Verteidigung und Einwanderung umfassen (aber nicht darauf beschränkt sein), wobei alle Instrumente des außenpolitischen Instrumentariums eingesetzt werden, um eine gerechtere Welt zu schaffen. Und was am wichtigsten ist, sie wird sich auf die Stimmen der Rechteinhaber stützen, die sie würdigen und unterstützen will, und sie wird ihnen Gehör verschaffen.

Dies ist eine gute Nachricht für Menschen aller Geschlechter: Feminismus ist eine Agenda, die jeder unterstützen kann, eine Agenda, die Gleichheit für alle anstrebt und nicht die Vorherrschaft des einen über den anderen.

FUSSNOTEN

- 1 Dies ist eine Aktualisierung des 2019 veröffentlichten Papiers „Definition feministischer Außenpolitik“, verfasst von Lyric Thompson und Rachel Clement.
- 2 In Anlehnung an das niederländische FLOW und andere Mechanismen. Der Europarat definiert Gleichstellung der Geschlechter als: „Die (Neu-)Organisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluierung politischer Prozesse, so dass eine Gleichstellungsperspektive in alle Richtlinien auf allen Ebenen und in allen Phasen von den Akteuren, die normalerweise an der Politikgestaltung beteiligt sind, einbezogen wird.“ (Europarat, 1998).
- 3 Die schwedische Definition von Handelsförderung umfasst die Förderung sowohl der schwedischen Wirtschaftsinteressen als auch des schwedischen Ansehens im Ausland, von dem man sich eine Steigerung sowohl der Exporte als auch der Importe erhofft.
- 4 Um die Hilfe als Förderung der Gleichstellung der Geschlechter als Hauptziel oder wesentliches Ziel gemäß dem OECD-DAC-Gender-Marker zu qualifizieren, geben die Länder selbst an, ob einzelne Hilfemaßnahmen die Gleichstellung der Geschlechter als eines ihrer politischen Ziele verfolgen. Eine ausführliche Definition und die Förderkriterien finden Sie unter: www.oecd.org/dac/stats/gender
- 5 In Kanadas Bericht über die internationale Hilfe 2019-2020 (der dem kanadischen Parlament vorgelegt wurde) werden diese Zahlen mit 14 % bzw. 83 % angegeben. Die Diskrepanz zwischen der Länderberichterstattung und den OECD-DAC-Maßnahmen ist eine Herausforderung, die wir im Rahmen dieses Papiers nicht untersuchen können, die aber für die globalen Bemühungen um die Entwicklung des höchsten Standards und der Praxis einer rechenschaftspflichtigen, inklusiven, transformativen und feministischen Außenpolitik von entscheidender Bedeutung ist.
- 6 Auch wenn wir uns bei unserer Untersuchung in erster Linie auf die Außenpolitik konzentrieren, so ist doch anzumerken, dass der kanadische Haushalt 2021 eine „integrative, nachhaltige, feministische und widerstandsfähige Wirtschaft“ anstrebt, was eine begrüßenswerte Kohärenz feministischer Prinzipien in den außen- und innenpolitischen Bemühungen darstellt. Es umfasst unter anderem 30 Milliarden Dollar für frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung, 601,3 Millionen Dollar für einen neuen Nationalen Aktionsplan zur Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt, zusätzliche 2,2 Milliarden Dollar zur Unterstützung der Rechte indigener Frauen und 45 Millionen Dollar für gemeindegestützte Organisationen, die sich für sexuelle und reproduktive Gesundheitsfürsorge einsetzen (Regierung von Kanada, 2021). Was die Unterstützung der Regierung für die Rechte indigener Frauen betrifft, so begrüßten die Befürworter die Finanzierung, kritisierten jedoch, dass die Regierung keinen größeren „Paradigmenwechsel“ fördere und sich stattdessen auf Programme und vorübergehende Maßnahmen konzentriere und beklagten, dass das Wort „Völkermord“ im Haushalt nicht vorkomme, und argumentierten, dass Premierminister Justin Trudeau sich vor der Verantwortung drücke, die mit seinem öffentlichen Eingeständnis der völkermörderischen Geschichte des Landes einhergehe (Stefanovich, 2021).
- 7 Nach dem Vorbild von FLOW in den Niederlanden und anderen Mechanismen.
- 8 Die Strategie für die Auslandshilfe weist zwar in ihrer Grundsatzerklärung darauf hin, dass zumindest in Bezug auf die Humanressourcen die geschlechtsspezifischen Prioritäten für alle externen Maßnahmen gelten sollen (einschließlich Schulungen, Einstellungen, Ernennungen von Botschaftern usw.).
- 9 Am 8. März, dem Internationalen Frauentag, haben Jean-Yves Le Drian, Minister für Europa und Auswärtige Angelegenheiten, und Marlène Schiappa, Staatssekretärin für die Gleichstellung der Geschlechter und den Kampf gegen Diskriminierung, in einem in der Zeitung Libération veröffentlichten Meinungsbeitrag erklärt, dass Frankreich eine „echte feministische Außenpolitik“ betreibt. Außerdem haben sie 120 Millionen Euro für die Bemühungen bereitgestellt (Schiappa, 2019).

REFERENZEN

- Aggestam, K. &.-R. (2016). Schwedische feministische Außenpolitik im Entstehen: Ethik, Politik und Geschlecht. *Ethik und internationale Angelegenheiten*, 30(3), 323-334.
- Alwan, C. e. (9. Juni 2017). *Was ist Feministische Außenpolitik? Eine explorative Bewertung der Außenpolitik in den OECD-Ländern*. Abgerufen am 19. Dezember 2018, von <https://ecpr.eu/Filestore/PaperProposal/05def9c8-34c6-4415-8df1-55144d2fd016.pdf>
- Amnesty International. (2021). *Gerechtigkeit vor Gericht: Versäumnisse bei der strafrechtlichen Untersuchung von Femiziden, denen ein Verschwinden vorausging, im Bundesstaat Mexiko*. Abgerufen am 1. Oktober 2021 von <https://www.amnestyusa.org/wp-content/uploads/2021/09/Report-English.pdf>.
- Associated Press. (2021). *Weitere Gräber an neuer Stätte gefunden, sagt kanadische indigene Gruppe*. Abgerufen am 19. August 2021, von NPR: <https://www.npr.org/2021/07/01/1012100926/graves-found-at-new-site-canadian-indigenous-group-says>
- Kanadischer Premierminister entschuldigt sich für indigene Schulgräber*. (2021). Abgerufen am 18. August 2021, von der Deutschen Welle: <https://www.dw.com/en/canada-pm-apologizes-over-indigenous-school-graves/av-58061299>
- Charlton, J. I. (1998). *Nichts über uns ohne uns: Unterdrückung von Behinderten und Empowerment*. Abgerufen am 17. September 2021, von <https://www.jstor.org/stable/10.1525/j.ctt1pnqn9>
- Europarat. (1998). *Was ist die Gleichstellung der Geschlechter (Gender Mainstreaming)?* Abgerufen am 3. April 2019, von Europarat: <https://www.coe.int/en/web/genderequality/what-is-gender-mainstreaming>
- Delgado, M. (2020). Feministische Außenpolitik Mexikos. *TPQ Frühjahr 2020 19(1)*, 35-39. Abgerufen am 16. Juni 2021 von <http://martha.org.mx/una-politica-con-causa/wp-content/uploads/2020/06/Mexico%E2%80%99s-Feminist-Foreign-Policy-1.pdf>
- Delgado, M. (2020). Mexikos feministische Außenpolitik und die 2030-Nachhaltigkeitsagenda. *Revista Mexicana de Política Exterior*, (118), 7-13. Abgerufen am 18. August 2021, von <https://revistadigital.sre.gob.mx/images/stories/numeros/n118/delgadoppfp.pdf>
- Finanzministerium Kanada. (2021). Budget 2021: *Unterstützung von Frauen*. Abgerufen am 18. August 2021, von <https://www.canada.ca/en/department-finance/news/2021/04/budget-2021-supporting-women.html>
- Deslandes, A. (30. Dezember 2020). *Ein Blick auf Mexikos feministische Außenpolitik*. Abgerufen am 16. Juni 2021, von Foreign Policy: <https://foreignpolicy.com/2020/12/30/mexico-feminist-foreign-policy-one-year-in/>
- Generaldirektion für globale Angelegenheiten, C. E. (2018). *Frankreichs internationale Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter 2018-2022: Ein Strategiebericht*. Ottawa.
- Elections Canada. (3. Oktober 2018). *Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen und Volksabstimmungen*. Abgerufen von Elections Canada: <http://www.elections.ca/content.aspx?dir=turn&document=index&lang=e§ion=ele>
- Europäisches Parlament (23. Oktober 2020). Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Abgerufen am 9. August 2021, von <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20201016IPR89563/fostering-gender-equality-in-the-eu-s-foreign-and-security-policy>
- Gleichstellungsfonds. *Unsere Geschichte*. Abgerufen am 17. September 2021, von <https://equalityfund.ca/who-we-are/our-herstory/>
- Arbeitsgruppe Feministische Außenpolitik (Januar 2021). *Sei mutig, sei kühn: Empfehlungen für eine feministische Außenpolitik Kanadas*. Abgerufen am 12. August 2021 von <https://www.amnesty.ca/sites/default/files/FFP%20Be%20Brave%20Be%20Bold%20EN.pdf>

Arbeitsgruppe Feministische Außenpolitik (Januar 2021). Was wir gehört haben: Feedback aus Diskussionen über Kanadas feministische Außenpolitik. Abgerufen am 16. September 2021 von https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/minesactioncanada/pages/298/attachments/original/1611865675/FFP_What_We_Heard_EN.pdf?1611865675

Frankreich Diplomatie (Februar 2021). *Frankreichs internationale Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter (2018-2022)*. Abgerufen am 19. August 2021 von <https://www.diplomatie.gouv.fr/en/french-foreign-policy/human-rights/women-s-rights/france-s-international-strategy-for-gender-equality-2018-2022/>.

Französisches Ministerium für Europa und Auswärtige Angelegenheiten. (2018). *Frankreichs internationale Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter (2018-2022)*. Generaldirektion für globale Angelegenheiten, Kultur, Bildung und internationale Entwicklung.

Französisches Ministerium für Europa und Auswärtige Angelegenheiten. (2020). *Pressemitteilung: Vorlage des Berichts des Hohen Rates für die Gleichstellung der Geschlechter über feministische Diplomatie an Jean-Yves Le Drian und Élisabeth Moreno (18. November 2020)*. Abgerufen am 18. August 2021, von <https://www.diplomatie.gouv.fr/en/french-foreign-policy/feminist-diplomacy/news/article/press-release-submission-of-the-high-council-for-gender-equality-s-report-on>

Gill-Atkinson, L., Ridge, A., Pradela, J., Tilbury, B., Warambourg, C., & Peña Porras, T. (2021). *Vom Saatgut zu den Wurzeln: Wege zu einer feministischen Außenpolitik*. Internationale Agentur für die Entwicklung von Frauen (IWDA). Abgerufen am 18. August 2021, von https://iwda.org.au/assets/files/IWDA_FFPTrajectoriesReport_Web.pdf

Globale Angelegenheiten Kanada (21. Februar 2020). „Rede des Außenministers vor dem Rat für auswärtige Beziehungen in Montreal. Regierung von Kanada. Abgerufen am 14. September 2021 von <https://www.canada.ca/en/global-affairs/news/2020/02/address-by-minister-of-foreign-affairs-to-the-montreal-council-on-foreign-relations.html>.

Goetz, A. M. (April 1994). Vom feministischen Wissen zu Daten für die Entwicklung: Die bürokratische Verwaltung von Informationen über Frauen und Entwicklung. *IDS Bulletin*, 25(2), 27-36. doi:<https://doi.org/10.1111/j.1759-5436.1994.mp25002003.x>

Regierung von Kanada (2017). *Die Stimme der Frauen und Führungsqualitäten*. Abgerufen am 16. September 2021, von https://www.international.gc.ca/world-monde/issues_development-enjeux_developpement/gender_equality-egalite_des_genres/wvl_projects-projets_vlf.aspx?lang=eng

Regierung von Kanada. (2018). *Kanadas feministische internationale Hilfspolitik*. Abgerufen von der Regierung von Kanada: http://international.gc.ca/world-monde/issues_development-enjeux_developpement/priorities-priorites/policy-politique.aspx?lang=eng

Regierung von Kanada. (2021). *Indikatoren der feministischen internationalen Hilfspolitik*. Abgerufen am 19. August 2021, von https://www.international.gc.ca/world-monde/issues_development-enjeux_developpement/priorities-priorites/fiap_indicators-indicateurs_paif.aspx?lang=eng

Regierung von Kanada (2019). *Feministischer Ansatz - Leitfaden für Innovation und Wirksamkeit*. Abgerufen am 16. September 2021, von https://www.international.gc.ca/world-monde/issues_development-enjeux_developpement/priorities-priorites/fiap_ie-paif_ie.aspx?lang=eng

Regierung von Frankreich. (2018). *Fünf Ziele zur Bekämpfung der Ungleichheit*. Abgerufen am 22. Februar 2019 von <https://www.elysee.fr/en/g7>

Regierung von Luxemburg (2018). *Accord de coalition 2018-2023*. Abgerufen am 16. September 2021, von <https://gouvernement.lu/en/publications/accord-coalition/2018-2023.html>

Regierung von Mexiko. (2020). *Mexiko führt eine feministische Außenpolitik ein*. Abgerufen am 16. Juni 2021, von <https://www.gob.mx/sre/prensa/mexico-adopts-feminist-foreign-policy?idiom=en>

Regierung von Spanien. (2021). *Die feministische Außenpolitik Spaniens: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter im außenpolitischen Handeln Spaniens*. Abgerufen am 16. Juni 2021, von http://www.exteriores.gob.es/Portal/es/SalaDePrensa/Multimedia/Publicaciones/Documents/2021_02_POLITICA%20EXTERIOR%20FEMINISTA_ENG.pdf

Regierung von Schweden. (2016). *Frauen, Frieden und Sicherheit: Schwedens Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit 2016-2020*. Stockholm: Regierungsstellen in Schweden. Abgerufen am 20. Dezember 2018, von <https://www.government.se/49ef7e/contentassets/8ae23198463f49269e25a14d4d14b9bc/swedens-national-action-plan-for-the-implementation-of-the-united-nations-security-council-resolutions-on-women-peace-and-security-2016-2020-.pdf>

Regierung von Schweden. (3. Oktober 2018). *Eine feministische Regierung*. Abgerufen von den schwedischen Regierungsstellen: <https://www.government.se/government-policy/a-feminist-government/>

Regierung von Schweden. (14. März 2018). *Beispiele dafür, wozu die feministische Außenpolitik Schwedens beigetragen hat*. Abgerufen am 20. Dezember 2018, von <https://www.government.se/articles/2018/03/examples-of-what-swedens-feminist-foreign-policy-has-contributed-to/>

Regierung von Schweden. (23. August 2018). *Handbuch: Schwedens feministische Außenpolitik*. Abgerufen am 19. Dezember 2018, von <https://www.government.se/reports/2018/08/handbook-swedens-feminist-foreign-policy/>

Regierung von Schweden. (2018). *Neue Strategie für die weltweite Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte von Frauen und Mädchen 2018-2022*. Abgerufen am 18. August 2021, von <https://www.government.se/49e41f/globalassets/government/dokument/utrikesdepartementet/summary---new-strategy-for-global-gender-equality-and-womens-and-girls-rights-20182022.pdf>

Regierung von Schweden. (2018). *Aktionsplan des schwedischen Auslandsdienstes für eine feministische Außenpolitik 2015-2018, einschließlich indikativer Maßnahmen für 2018*. Stockholm: Regierungsstellen in Schweden. Abgerufen von <https://www.government.se/information-material/2018/03/swedish-foreign-service-action-plan-for-feminist-foreign-policy-20152018-including-indicative-measures-for-2018/>

Regierung von Schweden. (2021). *Der Aktionsplan des schwedischen Auslandsdienstes für die feministische Außenpolitik 2019-2022, einschließlich Ausrichtung und Maßnahmen für 2021*. Stockholm: Regierungsstellen in Schweden. Abgerufen von https://www.government.se/49700e/contentassets/9992f701ab40423bb7b37b2c455aed9a/utrikesforvaltningens-handlingsplan-for-feministisk-utrikespolitik-2021_eng.pdf

Regierung von Schweden. (3. Oktober 2018). *Das schwedische Regierungssystem*. Abgerufen von Schweden: <https://sweden.se/society/the-swedish-system-of-government/>

Regierung von Schweden. (2021). *Premierminister führt geschäftsführende Regierung*. Abgerufen am 18. August 2021, von <https://www.government.se/articles/2021/06/prime-minister-leads-caretaker-government/>

Green, A. (2021). *Frankreich beschließt massive Aufstockung des ODA-Budgets*. Abgerufen am 18. August 2021, von Devex: <https://www.devex.com/news/france-approves-massive-increase-of-oda-budget-100467>

Hoher Rat zur Gleichstellung der Geschlechter (2020). *La diplomatie féministe: D'un slogan mobilisateur à une véritable dynamique de changement?* Abgerufen am 16. September 2021, von https://www.haut-conseil-egalite.gouv.fr/IMG/pdf/rapport-diplomatie_feministe-v4.pdf

Internationales Zentrum für Frauenforschung (2021). *Mehr als 30 Regierungen und Organisationen arbeiten jetzt daran, eine feministische Außenpolitik auf der ganzen Welt zu fördern*. Abgerufen am 17. September 2021, von <https://www.icrw.org/press-releases/more-than-30-governments-and-organizations-now-working-to-advance-feminist-foreign-policy-around-the-world/>

Internationales Zentrum für Frauenforschung (ICRW). *Generation Equality Forum: Start eines globalen Partnernetzwerks für feministische Außenpolitik*. (2021). Abgerufen am 19. August 2021, von <https://www.youtube.com/watch?v=9Mj8SjtzNqc>

Internationales Zentrum für Frauenforschung (ICRW). *Einführung in die wachsende globale Koalition für feministische Außenpolitik - CSW65*. (2021). Abgerufen am 19. August 2021, von <https://www.youtube.com/watch?v=WLTVkXaG1xE&t=488s>

Kitroeff, N. (30. März 2020). *Mexikos Präsident sagt, die meisten Anrufe wegen häuslicher Gewalt seien „gefälscht“*. The New York Times. Abgerufen am 19. August 2021 von <https://www.nytimes.com/2020/05/31/world/americas/violence-women-mexico-president.html>.

Légifrance (2021). Gesetz Nr. 2021-1031 vom 4. August 2021 über die Programmierung der inklusiven Entwicklung und den Kampf gegen globale Ungleichheiten. Abgerufen am 16. September 2021, von <https://www.legifrance.gouv.fr/jorf/id/JORFTEXT000043898536>

Leuhusen, C. (2021). *Över 20 procent av vapenexporten till stridande i jemenkriget 2020*. Abgerufen am 19. August 2021, von <https://www.svenskafreds.se/upptack/nedrustning/over-20-procent-av-vapenexporten-till-stridande-i-jemenkriget-2020/>

Merriam Webster's Wörterbuch. (3. Oktober 2018). *Außenpolitik*. Abgerufen von Merriam Webster's Dictionary: <https://www.merriam-webster.com/dictionary/foreign%20policy>

Mexikanische Beobachtungsstelle für Feministische Außenpolitik [@ompef_mx]. Twitter. Abgerufen am 16. September 2021, von https://twitter.com/ompef_mx?lang=en

Nordström, L. (26. Februar 2018). *The Local Schweden*. Abgerufen am 31. Dezember 2018, von <https://www.thelocal.se/20180226/swedish-arms-exports-topped-11-billion-kronor-last-year>

OECD. (2017). *Hilfe zur Unterstützung der Gleichstellung der Geschlechter: Spendertabellen*. Paris: OECD. Abgerufen von <http://www.oecd.org/development/gender-development/Aid-to-Gender-Equality-Donor-Charts-2017.pdf>

OECD DAC Netzwerk zur Gleichstellung der Geschlechter. (2019). *Entwicklungsfinanzierung für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau: Eine Momentaufnahme*. Paris: OECD. Abgerufen im Januar 2019, von <http://www.oecd.org/development/gender-development/Dev-finance-for-gender-equality-and-womens-economic-empowerment-2019.pdf>

OECD DAC Netzwerk zur Gleichstellung der Geschlechter. (2021). *Entwicklungsfinanzierung für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau: Eine Momentaufnahme 2021*. Abgerufen am 17. September 2021, von <https://www.oecd.org/development/gender-development/Development-finance-for-gender-equality-2021.pdf>

OECD. (2021). *Hilfe zur Unterstützung der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Rolle der Frau: Spendertabellen*. Abgerufen am 19. August 2021, von <https://www.oecd.org/development/gender-development/aid-in-support-of-gender-equality-2021.pdf>

Osamor, K. (März 2018). *Eine Welt für die Vielen, nicht für die Wenigen: Die Vision der Labour Party für die internationale Entwicklung*. Abgerufen von Labour: https://www.policyforum.labour.org.uk/uploads/editor/files/World_For_The_Many.pdf

Oxfam Kanada. (28. September 2018). *Bergbau 101: Wie Kanadas riesiger Bergbausektor in den Kampf um Geschlechtergerechtigkeit eingebunden ist*. Abgerufen am 20. Dezember 2018, von <https://www.oxfam.ca/blog/mining-101-how-canadas-huge-extractive-sector-fits-into-the-struggle-for-gender-justice/>

Ständige Vertretung Frankreichs bei den Vereinten Nationen. (3. Juni 2018). *Journée internationale de l'initiative „Sie entscheidet“*. Abgerufen am 14. Januar 2019 von <https://onu-geneve.delegfrance.org/Journee-internationale-de-l-initiative-She-Decides>

Reuters Staff. (11. März 2021). *Libysche Frauen wollen nach der Ernennung der ersten Außenministerin Fortschritte*. Reuters. Abgerufen am 19. August 2021, von <https://www.reuters.com/article/us-libya-government-women/libyan-women-want-progress-after-appointment-of-first-female-foreign-minister-idUSKBN2B32KE>

Rosamond, A. B. (25. Juni 2013). Schutz über Grenzen hinweg: Geschlechterkosmopolitismus und ko-konstitutive Verpflichtung. *Globale Gesellschaft*, S. 319-336.

Rosamond, A. B. (2013). Schutz über Grenzen hinweg: Geschlechterkosmopolitismus und ko-konstitutive Verpflichtung. *Globale Gesellschaft*, 319-336.

Schiappa, M. (13. März 2018). *Frankreich ist wieder da und der Feminismus auch: Erklärung auf der 62. Tagung der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW) Generaldebatte*. Abgerufen von der Ständigen Vertretung Frankreichs bei den Vereinten Nationen in New York: <https://onu.delegfrance.org/France-is-back-and-so-is-feminism>

Schiappa, M. und Le Drian, J. (8. März 2019). *Feministische Außenpolitik*. Abgerufen am 11. August 2021, von Diplomatie: <https://www.diplomatie.gouv.fr/en/french-foreign-policy/human-rights/news/article/feminist-foreign-policy-op-ed-by-jean-yves-le-drian-and-marlene-schiappa-08-03>

Stefanovich, O. (2. März 2021). *Im Bundeshaushalt fehlte ein Plan zur Bekämpfung von Gewalt gegen indigene Frauen, sagen Befürworter*. CBC News. Abgerufen am 19. August 2021 von <https://www.cbc.ca/news/politics/mmiwg-federal-budget-funding-genocide-finding-1.6002751>

Internationales Friedensforschungsinstitut Stockholm. *TIV-Tabellen für Importeure und Exporteure*. Abgerufen von <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Thompson, L. (14. Januar 2020). *Die mexikanische Diplomatie ist feministisch geworden*. Abgerufen am 16. Juni 2021, von Foreign Policy: <https://foreignpolicy.com/2020/01/14/mexican-diplomacy-feminist-foreign-policy/>

Thompson und Asquith. (20. September 2018). *Ein kleiner Schritt für eine feministische Außenpolitik*. Abgerufen am 20. Dezember 2018, von Foreign Policy: <https://foreignpolicy.com/2018/09/20/one-small-step-for-feminist-foreign-policy-women-canada/>

Thompson, L., und Clement, R. (2019). *Definition feministischer Außenpolitik*. Washington, DC: Internationales Zentrum für Frauenforschung. Abgerufen am 17. September 2021, von <https://www.icrw.org/wp-content/uploads/2019/03/Defining-Feminist-Foreign-Policy-Brief-revised.pdf>

Thompson, L., Patel, G., Kripke, G. und O'Donnell, M. (2020). *Auf dem Weg zu einer feministischen Außenpolitik in den Vereinigten Staaten*. Washington, DC: Internationales Zentrum für Frauenforschung. Abgerufen am 16. Juni 2021 von https://www.icrw.org/wp-content/uploads/2020/05/FFP-USA_v11-spreads.pdf.

Thompson, L. (2020). *Feministische Außenpolitik: Ein Rahmen*. Washington, DC: Internationales Zentrum für Frauenforschung. Abgerufen am 19. August 2021, von <https://www.icrw.org/publications/feminist-foreign-policy-a-framework/>

Vucetic, S. (8. April 2018). *Die unangenehme Koexistenz von Waffenexporten und feministischer Außenpolitik*. Abgerufen am 4. Januar 2019 von <https://theconversation.com/the-uneasy-co-existence-of-arms-exports-and-feminist-foreign-policy-93930>

Wallström, M. (6. April 2016). *Schwedens Außenminister hat keine Zeit für Späße*. (L. Wolfe, Interviewer) Außenpolitik. Abgerufen am 31. Januar 2019 von <https://foreignpolicy.com/2016/04/06/swedens-foreign-minister-has-no-time-for-giggles/>

Wallström, M. (28. Juni 2018). *Wie eine feministische Außenpolitik aussieht*. Abgerufen am 17. Dezember 2018, von https://static.nytimes.com/email-content/NK_4281.html.

Weltwirtschaftsforum. (2021). *Global Gender Gap Report*. Genf: Weltwirtschaftsforum. Abgerufen am 18. August 2021 von http://www3.weforum.org/docs/WEF_GGGR_2021.pdf

Weltwirtschaftsforum. (2017). *Global Gender Gap Report*. Genf: Weltwirtschaftsforum. Abgerufen von <https://www.weforum.org/reports/the-global-gender-gap-report-2017>

Weltwirtschaftsforum. (1. November 2017). *Aus diesem Grund steht Island bei der Gleichstellung der Geschlechter an erster Stelle*. Abgerufen am 22. Februar 2019 von <https://www.weforum.org/agenda/2017/11/why-iceland-ranks-first-gender-equality/>

Zalcman, D. (20. September 2015). Das bittere Erbe der kanadischen Zwangs-Assimilations-Internate. *The New Yorker*

